

Bezugspreis:
Für den Monat Mai 1923 M.
vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Ost- und
Westpreußen sowie Österreich und
Luxemburg 1800 M., für das übrige
Ausland 1900 M. Postbezugspreis
frei bleiben. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Estland, Finnland, Frank-
reich, Holland, Lettland, Luxemburg,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Gedankenspiele und Rätsel“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 9. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 26 — Bankkonto: Direktion
der Diskontogesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Nonpareilzeile
kostet 1200 M., Restzeile 6000 M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige
Wort 75 M. (zweiwöchig zwei
malgedruckte Worte), jedes weitere Wort
200 M., Stellenangebote das erste Wort
200 M., jedes weitere Wort 150 M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Adressanten Seite 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Schreckensurteile in Werden und Mainz. 179 Jahre Gefängnis, 600 Millionen Geldstrafe!

Werden, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Krupp-Prozess wurde um 6 Uhr abends folgendes Urteil gefällt: Krupp von Bohlen und Halbach wird zu einer Gefängnisstrafe von 15 Jahren und 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, Direktor Bruhn zu 10 Jahren und 100 Millionen, Direktor Desterlen zu 15 Jahren und 100 Millionen, Direktor Hartwig ebenfalls zu 15 Jahren und 100 Millionen, Direktor Schröpfer zu 20 Jahren und 100 Millionen, Schäfer zu 20 Jahren und 100 Millionen, das Betriebsratsmitglied Müller zu 6 Monaten Gefängnis und die beiden Arbeiter, die das belgische Motorrad entwendet hatten, zu je 2 Monaten Gefängnis.

Zur Erläuterung dieses Urteilsprüche teilt der Vorsitzende mit, daß von den 23 Schuldfragen 21 mit Ja beantwortet sind. Die Angeklagten seien sowohl eines Komplotts wie auch der Störung der öffentlichen Ordnung für schuldig befunden worden. Die Verurteilung erfolgte bei allen Angeklagten einstimmig. Nur bei Krupp von Bohlen und Halbach und Direktor Bruhn wurde das Schuldig mit 3 gegen 2 Stimmen ausgesprochen. Betriebsratsmitglied Müller wurde mit der gleichen Stimmenzahl von der Anklage des Komplotts freigesprochen und nur wegen Störung der öffentlichen Ordnung verurteilt. Die zahlreichen Zuhörer nahmen das Urteil mit eifrigem Schweigen auf.

Gleich nach Beendigung des Prozesses wurde den Angeklagten, die bei der Urteilsverkündung nicht im Saale anwesend waren, durch den Verteidiger das Urteil zur Kenntnis gebracht. Von der Verteidigung wird gegen das Urteil Revision angemeldet werden, die wahrscheinlich am 18. Mai vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf verhandelt werden wird.

Mainz, 8. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag verhandelte das französische Kriegsgericht in Mainz unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen eine Reihe von Gewerkschaftsführern und Angestellten des Deutschen Eisenbahnerverbandes sowie über Beamte des Direktionsbezirks Mainz, die vor ungefähr einem Vierteljahr verhaftet wurden, weil sie die Eisenbahner allgemein aufgefordert haben sollen, nur die Befehle und Anordnungen der deutschen Regierung zu befolgen. Sämtliche Angeklagte sind seitdem in Haft und wurden vorgeführt. Die Verhandlung war in jedem Falle kurz und schematisch. Es wurden folgende juristischen Urteile gefällt: Roth, Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 10 Jahre Gefängnis, Becker, Kassierer des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 6 Monate Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe, Böswetter, Ortsbeamter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 7 Jahre Gefängnis, Leppert, Sekretär der Beamtenabteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 5 Jahre Gefängnis, Weise, Schreibgehilfe des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 4 Monate Gefängnis, 100 000 M. Geldstrafe, Leinweber, Vorsitzender des Betriebsrates in Wiesbaden, 3 Jahre Gefängnis, Rufe, Ortsbeamter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 3 Jahre Gefängnis, Harzdorf, Eisenbahndienstleiter, 3 Monate Gefängnis, 100 000 M. Geldstrafe, Engel, Eisenbahndienstleiter, 1 Jahr Gefängnis, 100 000 M. Geldstrafe, Klingler, Vorsitzender des Betriebsrates Mainz, 6 Jahre Gefängnis, Salomon-Schwind, Angestellter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 4 Jahre Gefängnis, Hummel, Oberbaurat der Eisenbahndirektion Mainz, 1 Jahr Gefängnis, 100 000 M. Geldstrafe, Haas, Regierungsbaurat der Eisenbahndirektion Mainz, 8 Jahre Gefängnis, Essling, Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, 6 Jahre Gefängnis, Ludwig, Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, 6 Jahre Gefängnis, Krimmel, Vertreter der Gewerkschaft der Rangierer, 6 Jahre Gefängnis, Liebke, Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, 7 Jahre Gefängnis. Diese Schreckensurteile lösen in den Kreisen der Eisenbahner größte Erbitterung aus.

Die Urteile von Werden und Mainz werden in ganz Deutschland und in allen Volkskreisen heftige Empörung auslösen. Wenn die französischen Kriegsrichter geglaubt haben, mit ihren Schreckensurteilen irgendwie Recht zu sprechen, so befinden sie sich in einem kaum glaublichen Irrtum. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß zumindest im Ruhrgebiet das Kriegsgericht auch nicht die geringste Rechtsgrundlage für sich in Anspruch nehmen kann, daß also die Verhandlung selbst nichts anderes darstellt als ein Feingewicht von Gewalt, ist auch die Art der Urteilsfindung in keinem Strafgesetzbuch vorgesehen.

Das Warten fremder Kriegsgerichte ist nach den Grundsätzen des Völkerrechts nur zulässig in einem Lande, das während eines Krieges von einer feindlichen Macht besetzt ist. Bisher aber hat selbst die französische Politik die Fiktion aufrechterhalten, als ob die Anwesenheit der französisch-belgischen Truppen im Ruhrgebiet lediglich eine „friedliche Mission“ darstelle. Von einer Kriegserklärung an das Deutsche Reich hat selbst Poincaré Abstand genommen, weil diese Erklärung ihn vor aller Welt ins Unrecht gesetzt hätte. Ist aber diese Kriegserklärung nicht erfolgt, so ist die Anwesenheit französischer Truppen auf deutschem Boden — soweit nicht Deutschland durch das Diktat von Versailles verurteilt ist, sie zu dulden — nichts anderes als ein rechtloser Gewaltakt. Und alle Urteilsprüche der Kriegsgerichte sind wiederum nur Ausflüsse der rohen militärischen Gewalt, nicht irgendeines auf noch so schmaler Grundlage beruhenden Rechtes.

Aber selbst vorausgesetzt, daß die einzelnen französischen Offiziere, die das Kollegium des Kriegsgerichts bilden, von der Rechtmäßigkeit ihrer Amtshandlungen überzeugt wären, bedeuten die von ihnen ausgesprochenen Urteile nichts anderes als nacktesten Terror. Man nimmt sich Geiseln, setzt sie in Haft, läßt sie durch irgendeinen militärischen Auditeur verhören, dieser Auditeur verwandelt sich vom Untersuchungsrichter in den Staatsanwalt und die kommandierten Offiziere vom Kriegsgericht müssen ihr Urteil sprechen. Sie handeln damit im Interesse der Macht, die sie vertreten, nicht in dem Streben, objektiv Recht zu sprechen. So nur sind die Urteile zu verstehen, die seit dem Januar sowohl im alt-belgischen Gebiet wie auch im Einbruchgebiet an der Ruhr gefällt wurden und die ihre Krönung in den neuesten Richtersprüchen von Werden und Mainz gefunden haben dürften.

Schon die Massenverurteilung der Mainzer Eisenbahner, um deren Verteidigung sich unsere französischen Genossen Uhry und Troquer vergeblich bemühten, zeigt in den gesuchten hohen Strafmaßen, daß es den Kriegsrichtern darauf ankommt, Angst und Schrecken

zu verbreiten. Man will durch die Verurteilung der deutschen Eisenbahnarbeiter und Beamten andere von der Befolgung ihrer selbstverständlichen Pflicht gegen das eigene Land abhalten. Vielleicht glaubt man naiven Gemütes, mit dieser Abschreckungstheorie irgendwelchen Erfolg zu haben. Aber schon die Lehren, die frühere Urteile ähnlicher Art ihnen erteilt haben, sollten den militärischen Gewalttätigern zeigen, daß sie nur das Gegenteil von dem erzielen, was sie anstreben. Die Steigerung in den Strafmaßen ist nur daraus zu erklären, daß die bisherigen Urteile von sechs Monaten, zwei, drei und mehr Jahren Gefängnis nicht abgelehrt haben, sondern den Willen zum Widerstand nur verstärkten. Und die bisher nicht verurteilten Eisenbahner werden aus der Tatsache, daß ihre Vertrauensmänner mit jahrelangen Gefängnis bedacht wurden, keine andere Ruhanwendung ziehen, als daß sie von Zorn und Empörung erfüllt erst recht daran festhalten, daß der französische Gewaltpolitik keine Befolgung geleistet werden darf. Weit über diese Zeit hinaus werden solche Urteile daher fortwirken in gesteigertem Grimm gegen den Militarismus, der sich in hechtblauer Uniform den deutschen Arbeitern zu zeigen wagt.

Noch krasser als in Mainz tritt die brutale Gewaltpolitik unter dem Mantel des Rechts im Krupp-Prozess zutage. Die Tragödie vom Karfomaband, der dreizehn Arbeiterleben zum Opfer fielen, hatte das Schuldkonto der französischen Truppen eigentlich schon schwer genug belastet. Daß auf eine friedliche Arbeiterschaft blindlings geschossen wurde, bedeutet an sich schon eine so ungeheuerliche Tat, daß die kommandierenden allen Anlaß gehabt hätten, die beteiligten Soldaten und ihren Führer still verschwinden zu lassen. Viel größer aber als die Verletzung des Kolonialkennzeichens, der den Befehl zum Schießen gab, ist die Schuld seiner vorgeführten Kommandostelle, die jene kleine Truppe stundenlang in ihrer Lage beließ, ohne sich um sie zu kümmern, ohne sie abzulösen und ohne ihr auch nur irgendwelche neuen Weisungen zu erteilen. Vier Stunden lang war die kleine Schar auf ihrem verlorenen Posten. Stundenlang heulten die Sirenen

Baldwin gegen Poincaré. Besondere Noten Englands und Italiens.

London, 8. Mai. (WIB.) Auf das Ersuchen Ramsay MacDonalds um eine Mitteilung bezüglich der deutschen Note betreffend die Ruhrfrage verlor der Schatzkanzler Baldwin unter der größten Aufmerksamkeit des dichtbesetzten Unterhauses folgende Erklärung:

„Die britische Regierung war der Ansicht, daß der beste und natürlichste Weg gewesen wäre, eine mit den Regierungen von Frankreich, Italien und Belgien vereinbarte Antwort auf die deutsche Note abzugeben, um so mehr als die Note eine Antwort auf die von Curzon öffentlich und amtlich gemachte Anregung war und das hauptsächlich in Frage kommende Problem, das der Reparationen, ein Problem ist, an dem alle Alliierten und nicht nur Frankreich und Belgien allein in hohem Grade interessiert sind. Auch brauchte sich nach Ansicht der britischen Regierung keine unwürdliche Schwierigkeit zu ergeben bei der Ausföhrung einer kollektiven Antwort unter dem Vorbehalt, daß die französische und die belgische Regierung die aus der Befolgung deutschen Gebietes durch ihre militärischen Streitkräfte sich ergebenden Fragen gesondert behandeln, falls sie es wünschten. Die britische Regierung hatte Grund zur Annahme, daß diese Auffassung von einigen ihrer Alliierten geteilt wurden und war vollkommen bereit, dahingehende Vorschläge zu machen, nachdem sie schon ihre allgemeinen Ansichten den alliierten Regierungen mitgeteilt hatte, als sie offiziell davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß die französische und die belgische Regierung schon für sich allein eine gemeinsame Antwort aufgesetzt hatten, deren Text der britischen Regierung am Sonnabend nachmittags mit der Bemerkung mitgeteilt wurde, daß sie binnen 24 Stunden den deutschen Botschaftern in Paris und Brüssel überreicht werden würde. Die britische Regierung bedauert, was ihr an diesem Schritt als eine unnötige Ueberbürdung erscheint und als Verlust einer Gelegenheit, die sich nach ihrer Ansicht bot, durch eine gemeinsame Ausdeutung erneut die Solidarität der Entente der Alliierten zu bezeugen.“

Die britische Regierung fühlt sich indessen nicht der Pflicht entzogen, ihre Ansichten in Beantwortung der deutschen Note festzustellen und beabsichtigt dies mit dem geringstmöglichen Aufschub zu tun. Es besteht Grund zur Annahme, daß

die italienische Regierung, deren Haltung sich in allgemeiner Übereinstimmung mit derjenigen der britischen Regierung befindet, ein ähnliches Vorgehen erwägt. Sobald die britische Antwort der deutschen Regierung mitgeteilt sein wird, wird sie veröffentlicht werden.“

Eine Aussprache schloß sich an die Erklärung nicht an. Im Oberhause gab Lord Curzon eine identische Erklärung ab.

Die Erklärung des britischen Schatzkanzlers kann nach den Ankündigungen der Londoner offiziellen Presse nicht übersehen werden. Sie bestätigt, daß England Anstrengungen gemacht hatte, eine gemeinsame Antwort der Ententeverbände zustande zu bringen, und daß es damit bei Frankreich eine brüste Ablehnung erfahren hat. Dementsprechend zeichnet sich ihr Ton auch durch eifrig kalte Korrektheit aus. Bewerkswert, weil in diesem Zusammenhang wohl berechnet, ist die Feststellung, daß England mit seiner Auffassung gegen Frankreich nicht allein steht. Gegenüber der franko-belgischen Entente taucht jetzt die englisch-italienische auf, hinter ihr wird der große Schatten Amerikas sichtbar.

Ob diese offensichtlichen Gegensätze zwischen den einstigen Alliierten eine Verbesserung der Aussichten für Deutschland bedeuten, mag dahingestellt bleiben. Möglich ist es immerhin, da Rückwirkungen in Belgien und in Frankreich selbst nicht ausbleiben werden. Die deutsche Regierung kann die gegebene Lage zum Vorteil Deutschlands ausnutzen, indem sie im Geiste des Entgegenkommens und der bereitwilligen sachlichen Mitarbeit nach einer raschen endgültigen Lösung des Reparationsproblems drängt. Andernfalls besteht die Gefahr, daß über den Streit der Alliierten untereinander wertvolle Zeit verloren geht, in der sich das militärische Gewaltregiment im besetzten Gebiet noch schamloser und brutaler als bisher geltend macht, ohne daß ein Ende abzusehen ist.

Man erkennt jetzt, was gewonnen werden konnte, wenn der deutsche Vorschlag geschickter abgefaßt worden wäre. Aber noch einmal bietet sich der deutschen Regierung die Gelegenheit, an ihren eigenen Fehlern zu lernen.

der Kruppischen Werke als Feinden, daß Truppen in das Werk eingedrungen seien. Ganz Essen wußte von dem Vorgang. Die ganze Bevölkerung sprach davon. Nur die militärische Kommandostelle wußte nichts oder wollte nichts wissen. Sie schickte weder Verstärkung noch kümmerte sie sich sonst um das Kommando bei Krupp. Von seinen Vorgesetzten verlassen, nötigt auf sich selbst gestellt, hat dann der alte Leutnant gehandelt, wie er es als Soldat für notwendig fand. Die mehrfachen Angebote des Betriebsrats, ihm freien Durchzug zu sichern, lehnte er ab. Er blieb auf seinem Posten, wie er es für seine Pflicht hielt, um plötzlich sich selbst eine Gasse zu bahnen, wie er es wahrscheinlich bei der Kolonialtruppe gelernt hatte. Was kümmerte ihn, der militärische Befehle ausführende, das Leben und das Schicksal derjenigen, die er über den Haufen schießen ließ? Nachdem seine Vorgesetzten ihn im Stiche ließen, mußte er selbst auf seine Art die Verbindung mit ihnen wieder herzustellen. Er ist wegen seiner Haltung nachträglich noch belobt worden und wird der Beförderung harren.

Das Blutbad von Essen forderte allerdings im Bewußtsein der Welt eine Sühne. Aber der Militarismus hat seine eigene Logik. Nicht derjenige, der schießen ließ und nicht diejenigen, die als seine Vorgesetzten ihn in eine Zwangslage brachten, werden zur Verantwortung gezogen. Die Autorität der militärischen Macht verlangt ein anderes Opfer. So konstruiert man aus der Tatsache, daß verabredungsgemäß die Streifen in Tätigkeit gesetzt wurden, das Verbrechen eines Komplotts gegen das französische Militär und das einer Störung der öffentlichen Ordnung. Nicht Poinecaré, nicht General Degoutte, nicht alle ihre Untergebenen haben die öffentliche Ordnung im Ruhrrevier gestört, sondern die in ihrer Arbeit behinderten Fabrikarbeiter und Arbeiter. Daß man von den Tausenden der Arbeiter, die an der Demonstration vor der Autohalle beteiligt waren und die gegen sie in ihrem Widerstand gegen die militärische Gewalt bekundeten, nur das eine Betriebsratsmitglied herausgriff und unter Anklage stellte, hatte sicher seinen guten Grund. Die ganze Taktik der Franzosen geht bekanntlich darauf hinaus, die Arbeiter von den Interessen der übrigen Volksschichten zu trennen, sie milder zu behandeln und sich dadurch den Anschein größerer Arbeiterfreundlichkeit zu geben.

Von dieser ihrer Taktik sind sie auch nicht abgewichen, als sie die Krupp-Direktoren einschließlich des Vorsitzenden des Aufsichtsrates zu den ungeheuerlichen Strafen von 10 bis 20 Jahren Gefängnis und den vielen hundert Millionen Mark als Geldbußen verurteilten. Aber auch dieser Verjud, eine besondere Begünstigung gegen die Industrieführer vorzutauschen, wird ihren Zweck nicht erreichen. Was die sozialdemokratischen Arbeiter des Ruhrreviers — und sie sind in der Mehrheit — sonst auch mit den Vertretern des Kapitals auszusuchen haben mögen, in ihrer Ablehnung der französischen Gewaltpolitik und in dem Willen, ihr passiven Widerstand zu leisten, sind sie sich völlig einig. Der Spruch des Kriegsgerichts wird deshalb in ihrer Reihen nur Grimm und Empörung auslösen. Er wird sie nur in ihrem Willen bestärken, der französischen Gewalt das Recht entgegenzusetzen, das von den Kriegsrichtern aus neue so schmachlich verurteilt wurde. Wir wissen, daß man auch außerhalb Deutschlands diese Urteile als das Gegenteil von Recht ansehen wird. Und wenn wir auch nicht hoffen dürfen, daß diese Meinung sich in irgendeiner praktischen Tat zugunsten der Unterdrückten auslöse, so sind wir doch sicher, daß der stumme Protest der deutschen Arbeiter an der Ruhr auf die Dauer seine Wirkung auch im Auslande nicht verfehlen wird.

Eine amtliche Erklärung.

Das Urteil gegen die Krupp-Direktoren wird in einer amtlichen Erklärung, die W.B. verbreitet, so gewürdigt:

Ein französisches Kriegsgericht hat heute nachmittag in Werden an der Ruhr, wo es nach Recht und Friedensvertrag nichts zu suchen hat, den Chef der Firma Krupp, Herrn Krupp von Bohlen-Halbach, zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, acht leitende Beamte der Krupp-Werke zu Gefängnisstrafen zwischen 20 und 10 Jahren und je 100 Millionen Mark Geldstrafe, ein Betriebsratsmitglied zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — In unerhörter Veräußerung der Rollen haben die Verbrecher über ihre eigenen Opfer zu Gericht gesessen und ein Urteil gesprochen, das die erste Untat durch eine zweite verdecken soll. Ein Gericht, das kein Gericht ist, weil es keine Spur von Recht hat, auf deutschem Boden Recht zu sprechen, hat ein Urteil gefällt, das kein Urteil ist, sondern reine Gewalttat. Nicht die Mörder der 14 deutschen Arbeiter, die am Karlsruher dem französischen Militarismus schuldlos zum Opfer fielen, hat die französische Militärjustiz verurteilt, sondern zehn ehrenhafte, vaterlandsliebende deutsche Bürger, Männer, die nicht einmal an der friedlichen Demonstration der Krupp-Arbeiter gegen den militärischen Raubüberfall auf ihre Arbeitsstätten beteiligt waren, sind mit massigen Strafen belegt worden.

Mit einem Schrei des Entsetzens wird dieses Schandensurteil in Deutschland aufgenommen werden, mit dem Schrei der Empörung muß es in der ganzen Welt, wo nicht das Gefühl für Menschlichkeit ausgestorben ist, zurückgewiesen werden. Nicht Recht zu finden geht es hier für das französische Militärgericht, sondern sich in den Dienst machthungriger Gewaltpolitik zu stellen. Die französische Justiz hat sich damit unverhüllt zur Dirne des französischen Militarismus erniedrigt. Die Richter haben sich selbst verurteilt, und niemand wird ihnen den Platz am Pranger neiden, auf den sie sich selbst gestellt haben.

Ruhrgebiet und Rheinland werden — des sind wir gewiß — auch diesem beispiellosen Terror ihrer Feinde nicht erliegen, sondern in gleicher Treue und Opferwilligkeit, die bisher alle Schichten der Bevölkerung an den Tag gelegt haben, ausharren, bis Recht wieder Recht geworden ist.

Mit einem Schrei des Entsetzens wird dieses Schandensurteil in Deutschland aufgenommen werden, mit dem Schrei der Empörung muß es in der ganzen Welt, wo nicht das Gefühl für Menschlichkeit ausgestorben ist, zurückgewiesen werden. Nicht Recht zu finden geht es hier für das französische Militärgericht, sondern sich in den Dienst machthungriger Gewaltpolitik zu stellen. Die französische Justiz hat sich damit unverhüllt zur Dirne des französischen Militarismus erniedrigt. Die Richter haben sich selbst verurteilt, und niemand wird ihnen den Platz am Pranger neiden, auf den sie sich selbst gestellt haben.

Ruhrgebiet und Rheinland werden — des sind wir gewiß — auch diesem beispiellosen Terror ihrer Feinde nicht erliegen, sondern in gleicher Treue und Opferwilligkeit, die bisher alle Schichten der Bevölkerung an den Tag gelegt haben, ausharren, bis Recht wieder Recht geworden ist.

Kundgebung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an das Direktorium und den Betriebsrat der Krupp-Werke in Essen folgendes Telegramm gerichtet: Aufs tiefste empöre ich die Nachricht von dem Nachspruch des französischen Militarismus, der den Vorsitzenden und die Mitglieder des Direktoriums wie des Betriebsrates der Krupp-Werke zu unerhörten schweren Freiheitsstrafen verurteilt. Dieser, jeder Menschlichkeit hohen sprechende Gewaltakt wird überall, wo noch Gefühl für Recht und Gerechtigkeit besteht, mit Entrüstung und Verachtung aufgenommen werden und in der Geschichte der Völker als eines der häßlichsten Beispiele rohester Unterdrückung des Rechts durch brutale Gewalt weiterleben.

Reichspräsident Ebert.

Die Reden der Verteidiger.

Nachdem der Staatsanwalt die bereits mitgeteilten Strafanträge gestellt hatte, sprach als erster Verteidiger R.-A. Wolff aus Berlin:

In diesem Prozeß handelt es sich nicht um politische Fragen. Die Aufgabe der Verteidigung beschränkt sich darauf, nachzuweisen, daß die

Vorwürfe gegen die Angeklagten zu Unrecht erhoben

werden. In der Organisation der Krupp-Werke sei die politische Unabhängigkeit der Angestellten und Arbeiter niemals angefochten. Es sei absurd, zu behaupten, daß die Werkleitung ihre Arbeiter mit Absicht in die französischen Klugeln jage, ebenso wenig lasse sich auch die Belegschaft der Krupp-Werke Borschriften über ihr Verhalten von der Werkleitung machen. Das Vorgehen bei der Befragung sei ganz analog den Vorgängen in zahlreichen anderen Fällen auf Grund von Besprechungen zwischen dem Betriebsrat und den Vorstandsmitgliedern erfolgt. Der Befehl zum Ziehen der Streifen sei auf dringende Vorstellung der Betriebsratsmitglieder von den Direktoren Gumb und Schröpfer gegeben, da man die Befragung der Personenkraftwagenhalle für ein wichtiges Ereignis gehalten habe. Die Personenkraftwagen dienten dem Transport der Werksangehörigen, die die Eisenbahn nicht benutzen konnten. Die Streifen seien erst gezogen, nachdem der Betriebsrat die Verantwortung dafür übernommen habe, daß die französischen Soldaten nicht belästigt würden. Die Mitglieder des Direktoriums, wie Herr Krupp hätten keine Veranlassung gehabt, dagegen einzuschreiten, da das einmütige Organ der Unternehmung widersprochen hätte und außerdem jeder wußte, daß es sich um eine friedliche Demonstration

handelte und weil man bei den Kruppischen Werksangehörigen das Vertrauen haben konnte, daß keine Zwischenfälle passierten würden.

Außerdem sei bekannt geworden, daß der Betriebsrat mit den französischen Offizieren über die Zurückziehung der Soldaten verhandelt. Die Haltung der Menge sei durchaus friedlich gewesen. Zu Zwischenfällen sei es erst nach den blutigen Ereignissen gekommen. Es handelte sich um kein Komplott oder Machenschaften mit heimlichem Charakter, sondern um eine friedliche Demonstration, auch liege keine Störung der öffentlichen Ordnung vor, da das Ziehen der Streifen allgemein gebräuchlich gewesen sei, ohne daß es bisher verboten gewesen sei. Krupp v. Bohlen-Halbach sei lediglich Vorsitzender des Aufsichtsrates und als solcher nach deutschem Recht nicht Exekutivorgan, sondern lediglich Verwaltungsgesamt. Der Betriebsrat Müller habe nicht auftragsgemäß gesprochen, sondern im Gegenteil die Menge zu beruhigen versucht. Das französische Militär habe infolge seiner Erregung die Dinge nicht objektiv gesehen. Die Behauptung, daß die Arbeiter mit Hämmer, Stöcken und Schaufeln bewaffnet gewesen seien, werde durch zahlreiche photographische Aufnahmen widerlegt. Die Tragik der Geschichte liege darin, daß der Dolmetscher die Worte des Betriebsrats an die Menge mißverstanden und falsch weitergegeben habe. Der Verteidiger fordert die Richter auf, nicht

neuen Haß durch ein hartes Urteil

zu fügen. Es wird eine Mittagspause eingelegt, nach der als zweiter Verteidiger der Schweizer Rechtsanwalt Moriaud, Mitglied des Staatsrats, einer der hervorragendsten Vertreter der schweizerischen Rechtsanwaltschaft von internationaler Bekanntheit, als Verteidiger das Wort ergreift. Die Firma Krupp habe dadurch, daß sie ihn um die Verteidigung ersucht habe, dem Willen Ausdruck gegeben, die Verteidigung in der objektivsten Art und Weise, ohne Haß und Leidenschaft und mit dem größten Willen zur Wahrheit zu führen. Moriaud betonte den passiven Charakter der Krupp-Werke. Die Kundgebung des 31. März sei eine Kundgebung des passiven Widerstandes von durchaus friedlichem Charakter gewesen. Keinerlei Kundgebungen hätten in zahlreichen Fabriken stattgefunden, ohne daß jemals ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Es sei niemals für den Fall der Betriebsbefragung ein Angriff oder Gewalttat geplant gewesen. Das Verhalten des Betriebsrates Müller zeige, daß man für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Menge eingetreten sei. Die Direktoren hätten sich dabei in vollkommener Übereinstimmung mit dem Betriebsrat befunden. Das Verhalten Krupps, der aus Berlin zur Verhandlung erschienen sei, zeige, daß er in jeder Beziehung ein reines Gewissen habe.

Es spreche alles gegen die Anklage, nichts rechtfertige sie. Ein Freispruch sei eine gebieterische Notwendigkeit.

Die Vernunft wolle ihn und die Gerechtigkeit fordere ihn. Richter — französische Offiziere — sollten der Vernunft und der Gerechtigkeit ihre Ohren nicht verschließen. Moriaud forderte die Richter auf, Gerechtigkeit zu üben und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß keine Macht auf sie einen Zwang ausüben könne.

Der Nationalfeiertag.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag bei der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Feier- und Gedenktage der 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag bestimmt, und zwar gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die für den 18. Januar stimmten. Für die Sozialdemokratie gab Genosse Hoffmann-Kaiferblauten die Erklärung ab, daß sie auf den 1. Mai und 9. November als Reichsfeiertage verzichte, weil die allgemeine Zustimmung fehle. Die Sozialdemokratie wolle jedoch diese beiden Tage als staatliche Feiertage anerkannt wissen.

Erhöhung der Biersteuer auf das Fünftel. Im Steuer- auschuß des Reichstages wurde die erste Lesung des Biersteuer- gesetzes verabschiedet. Die Regierungsvorlage verlangte die hundertfache Erhöhung der bisherigen Biersteuer. — Der Ausschuß einigte sich auf die Erhöhung der jetzt geltenden Biersteuer auf das Fünftel.

Cochin mit Höllein löslarisch. Marcel Cochin und die anderen kommunistischen Gefangenen weigerten sich gestern, das Sankt-Gefängnis zu verlassen, wenn der Reichstagsabgeordnete Höllein und der Gefangene Peri nicht ebenfalls in Freiheit gesetzt würden. Daraufhin wurde ihnen gedroht, daß sie mit militärischer Gewalt ausgewiesen werden würden.

Mit dem Mund — und dem Hammer!

Von Josef Maria Franz.

Es war auf dem Hinterperron der Elektrischen, die nach der Eisenbahn hinausfuhr. Der Wagen war dichtgedrängt voll, und Mann stand neben Mann. Unter ihnen die meisten Arbeiter, Metallarbeiter, die in die Werkstatt hinausfahren zu der Arbeit, die sie Tag für Tag acht Stunden in ihr ewig gleiches Tretrad zwingt. Weiß dürrig gekleidet, in zerstückelten Arbeitsanzügen, hielten sie ihre Kaffeebüchsen und Stulpenpatente unter dem Arm; sie sprachen miteinander von ihrer Arbeit und ihrem Lohn, daß es schwer sei, damit heute durchzukommen, wenn man Kinder habe, und die Arbeit hart sei. Jemandem fiel das Wort „Streik!“, irgendwer sagte, daß man mit ihm den Unternehmer zwingen müsse, ihnen mehr zu zahlen, wenn man mehr gearbeitet haben wolle. „Nur Knochen, die Tag für Tag ihr Fleisch bekommen und ihre stammige Portion Brot, können schustern! Und beides ist knapp! Wer von uns hat denn eigentlich jeden Tag Fleisch? Hä?“ Und man nickte bejahend: kaum einer! Da mischte sich ein sauber und vornehm gekleideter, der zu einer Gruppe sogenannter „bessere Herren“ gehörte, in ihre Unterhaltung: „Ja, verzeihen Sie, glauben Sie denn, daß andere Menschen, sehen Sie mal, so zum Beispiel Beamte, kleine Kaufleute, geistige Arbeiter jeden Tag sich Fleisch leisten können? Und da wollen Sie sich beschweren? Aber, meine Herren! Es muß eben jeder zufrieden sein! Und durchhalten! Es sind eben schwere Zeiten!“ Und der so sauber gekleidete Herr wandte sich mit einem kritischen spitzigen Wächeln an seine Begleiter: „Nicht wahr, meine Herren, wir können uns auch nicht täglich Fleisch leisten — und müssen auch arbeiten!“

Die Arbeiter sahen sich die „Herren“ an und schwiegen in der Mehrzahl und dachten sich ihr Teil. Nur einer unter ihnen sagte: „Arbeit und Arbeit ist 'n Unterschied! Der eine kann nur arbeiten, wenn er gesunde Knochen und 'n fatten Magen hat, und der andere, wenn er 'ne gesunde Bildung und 'n fatten Kopf hat! Aber jeder kann nur seine Arbeit, und jede Arbeit verlangt 'n anderes Futter, unsere unsere — den Magen voll, und Ihre Ihre — den Kopf voll! Un' damit basta!“ Die Arbeiter nickten bejahend, und die Herren lächelten etwas überlegen und spitz und schwiegen. An der nächsten Haltestelle stieg man aus.

Es war in der Werkstatt am Amboss. Drei Männer standen dort mit nacktem Oberleib und geschwungenen sehnigen muskelstarken Armen, in deren Händen fünfzig Pfund schwere Hämmer schlug im monotonen Taktischwingen auf die glühende Eisenplatte bewogten, die von drei anderen mit langen Zangen auf den Amboss gepreßt wurde. Gleichmäßig, fast elegant sausten die Hämmer auf das glühende Eisen, schnitten die aus allen Poren schwingenden Arme die Bogen durch die Luft; die Qualen die Adern den Männern an Armen und Schläfen, pfeifend zischte der trockene

Altem durch die zusammengepreßten Zähne. Es waren die Männer, die auf der Elektrischen gestanden hatten. Da näherten sich ihnen — ein launischer Zufall — die „besseren Herren“, die mit ihnen zusammengefahren und in ihren Meinungen zusammengestoßen waren. Sie gehörten zu einer Behörde und waren zur Befichtigung ins Werk hinausgefahren. Man stuchte. Die Herren blickten am Amboss stehen bei ihren Bekannten, die immer noch ohne Pause die schweren Hämmer auf das Eisen takteten und die Zangen in durchgerüttelten Händen trampfhaft festhielten. Ein Kommando des einen; die Hämmer fielen noch einmal und ruhten sich aus; die Männer wüchsen sich mit den nackten Armen den Schweiß ab. In verächtlicher Stimmung, gleichermassen gönnerhaft, wandte sich der „bessere Herr“, der Redner von der Straßenbahn, an die Arbeiter: „Alle Achtung, meine Herren! Donnerwetter! Arbeit! — Aber, sagen Sie, wir haben uns doch auf der Straßenbahn schon gesehen und? Ah — gesprochen, nicht wahr? Stimmt doch, meine Herren? Aber, wie Sie das Stück Eisen da behämmern, alle Achtung! Donnerwetter! Wie, ah — wie schwer ist denn so ein Hammer? hm?“ Und damit griff der „bessere Herr“ nach einem Hammer, gönnerhaft und verächtlich, und wollte ihn hochrecken. Aber — der Hammer in seiner Rechten hob sich vielleicht zehn Zentimeter vom Boden und dann — senkte er sich, langsam und sicher, und damit auch die rechte Schulter des „besseren Herrn“, der verächtlich und sichtlich unangenehm berührt lächelte. Er wollte über diese fatale Geschichte schweigend hinweggehen, als der eine Arbeiter den Hammer mit einer Hand hob und ihn mit einem eleganten Bogen durch die Luft zog und ganz langsam mit ausgestrecktem Arm senkend wieder auf den Boden stellte. Der Arbeiter wandte sich dann an ihren Wortsführer: „N' halben Zenner, Herr Doktor! N' halben Zenner ist er schwer! Wir haben aber auch einen von dreierlei! Ja, Herr Doktor! Und mit so 'ne Hämmerchen müssen wir arbeiten! Und dafür muß ma 'n fatten Magen haben, sonst hat ma' keinen Rurr in den Knochen, genau wie Sie 'n fatter Kopf haben müssen. Sonst haben Sie keinen Rurr im Kopf! Und nu uff Wiedersehen, Herr Doktor, und ihr — nu los! Eisen — Juch!“ Und wieder schwangen sich die drei Hämmer, von sehnigen Händen und muskulösen Armen geführt, in der Luft. Die „besseren Herren“ standen noch immer da, mit offenem Munde. Sie machten schleunigst kehrt. Die Arbeiter nickten ihnen nach und lächelten, überlegen und spitz, und schwiegen! Nur die Hämmer takteten hallend durch den Werkraum. Draußen aber in der Stadt sausten die, für die sie als lebendige Hämmer Geld und Gold schmiedeten, in eleganten Luxusautos mit ihren pelzumschängten Frauen durch die Straßen, tranken in molligen Cafés die, die über das hohe Verdienst der Arbeiter schimpften, Mokka und aßen Kuchen dazu; verdienten andere mit Bucher und Betrug spielend Hunderttausende in derselben Zeit, in der dröhnend ein einziger Hammer Schlag auf das glühende Eisen sprigte. Und jeder der Männer schlug Tag für Tag Hunderte von Schlägen, Woche für Woche Tausende, Millionen in seinem Leben, das verflaut ist der Arbeit um des bishen Lebens

willen. Und Millionen Hämmer durchschwangen tausende Werkstätten, in denen pfeifender Altem die schweißschweißende trockene Luft durchzischte. . .

Zulassung zum Studium ohne Reifezeugnis. Das Problem der Auswahl und Ausbildung hervorragender Begabter ist in den letzten Jahren immer wieder erörtert worden. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Lösung der Frage bringt jetzt ein Erlass des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der auf eingehende Beratungen mit den Kultusministerien der übrigen deutschen Länder zurückgeht und im Einklang mit den Fakultäten der Unterverität Berlin ergangen ist.

Die wichtigsten Punkte dieses Erlasses sind nach Mitteilung des Akademischen Auswahnausschusses folgende: Personen, die auf Grund hervorragender Anlagen und ausgezeichneten, namentlich in ihrem Beruf vollbrachter Leistungen die Gewähr dafür bieten, daß sie durch akademische Studien zu höheren geistigen Leistungen gelangen werden, die aber durch besondere Verhältnisse verhindert waren, auf einem der sonst vorgesehenen Ausbildungswege zum Hochschulstudium zu gelangen, können durch eine von Fall zu Fall zu treffende Entscheidung des Ministeriums zu einem bestimmten Hochschulstudium an einer preussischen Universität zugelassen werden. Bei der Beurteilung der Persönlichkeiten sollen in erster Linie besondere Leistungen im Beruf bewertet werden. Daneben ist ein Mindestmaß an allgemeiner Bildung notwendig. Hierbei ist mehr Wert auf Denkfähigkeit und Auffassungsgabe als auf das Maß breiten Wissens zu legen. Der Umfang des vorhandenen Wissens muß jedoch die Fähigkeit sicherstellen, dem akademischen Unterricht auf dem gewählten Studiengebiet auf der Grundlage der bisherigen Vorstudien zu folgen.

Zugunsten solcher Persönlichkeiten kann von urteilsfähigen Personen, die den Bewerber nach seinen bisherigen Leistungen bereits kennen und dem Wesen wissenschaftlicher Arbeit nicht fernstehen, ein Antrag auf Zulassung zu einem bestimmten bezeichneten Universitätsstudium gestellt werden. Der Antrag ist an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu richten. Als Unterlagen sind ihm beizufügen ein ausführlicher Lebenslauf, Nachweise über Berufsbildung und Berufstätigkeit, Vorlegung der bisherigen wissenschaftlichen Beschäftigung, Zeugnisse und eine nähere Begründung des Gesuches durch die den Antrag befürwortende Person.

Zur endgültigen Beurteilung der Bewerbungen wird an der Universität ein besonderer Ausschuss gebildet. Dem Ausschuss werden u. a. angehören ein Vertreter des Faches, in dem der Bewerber studieren will und ein in Erziehungswesen bewährter Praktiker. Der Ausschuss bildet sein Urteil nach dem Ergebnis einer von dem Bewerber unter Klausur anzufertigenden schriftlichen Arbeit über eine wenn möglich seinen Vorstudien oder seinem Beruf nachstehende Aufgabe und eines mit ihm zu veranlassenden Kollegiums. Auf Wunsch sollen dem Bewerber weitere Aufgaben zur Wahl gestellt werden.

Die Zulassung gilt nur für ein bestimmtes Studium, ermächtigt mit dieser Maßgabe aber zum Studium an allen preussischen Universitäten und verleiht dem zugelassenen Bewerber die vollen Rechte der übrigen Studierenden.

Ramschpolitik.

Im schwerindustriellen „Tag“ wird an leitender Stelle geschrieben:

„In den nächsten Tagen wird sich das politische Interesse der Welt weniger auf Poincarés „olle Kamellen“ richten als auf die soeben angekündigten Erklärungen der englischen Regierung. Die Welt würde sich allerdings wünschen, wenn sie etwas glauben wollte, daß Herr Cuno auf gutes Zureden Englands hin ein neues weitergehendes Angebot aus der Tasche ziehen würde. Wenn Curzon und Baldwin darauf spekulieren könnten, wenn sie auf diesem Wege billige diplomatische Vorbeeren pflücken wollen (und manche Anzeichen sprechen dafür), so werden sie erleben, daß der ehrliche Kaufmann Cuno seine letzten Preise hat und den Kampf um die deutsche Zukunft nicht wie gewisse andere und weniger vertrauenswürdige deutsche Reparationsmakler als ein Ramschgeschäft auffaßt.“

Die Art und Weise, wie hier unmittelbar vor den Erklärungen der englischen Regierung die „festen Preise“ des „ehelichen Kaufmanns Cuno“ verherrlicht und die Vertreter einer auf eine Verständigung hinzielenden Politik herabgesetzt werden, zeugt von einer solchen Borniertheit und Verantwortunglosigkeit, daß man nicht daran vorübergehen kann. Es gibt gewisse Kreise, besonders unter der vom „Tag“ vertretenen Schwerindustrie, die nicht nur nichts tun, um den Ruhrerfall zu verhindern, sondern die auch jetzt jeden Anstoß zu einer Verständigung zu zerstören suchen, während sie mit doppeltem Eifer ihrem Privatgeschäft nachgehen.

Gegenüber diesen Leuten gilt noch immer das Wort des Volksparteilers Stresemann in seiner Berliner Rede vom 22. April:

„Davon, ob Deutschland eine Milliarde mehr oder weniger zu zahlen haben wird, hängt Leben und Tod noch nicht ab, wohl aber davon, ob das Rheinland und die Ruhr bei Deutschland bleiben. Deshalb kann wohl die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit Gegenstand von Verhandlungen und Kompromissen sein, nie aber die der Freiheit von Rhein und Ruhr.“

Die Politik des „Tag“ freilich läuft letzten Endes darauf hinaus, um eine Milliarde, die den Besitzenden eripiert bleibt, Rhein und Ruhr zu verramschen und damit, um mit Stresemann zu reden, das deutsche Vaterland zu töten. Diese deutsche nationale Ramschpolitik wird von einer Regierung, die wirklich die Politik des „ehelichen Kaufmanns“ treibt, schwerlich gebilligt werden.

Hohenzollernsche Holzwirtschaft.

In Deutschland wirtschaftet die ehemalige Hofverwaltung der Hohenzollern auf „ihrem“ Grund und Boden noch heute wie die Latifundienbesitzer des Mittelalters. Man holt aus den Domänen und Forsten Milliarden herein und schmeißt mit hunderten von Millionen um sich. Die Deffentlichkeit wird sich verwundert fragen, ob denn die Hofkammergüter nicht ebenso vom preussischen Finanzministerium zwangsverwaltet werden wie der sonstige hohenzollernsche Besitz. Theoretisch haben wir über das Privateigentum und im besonderen über das strittige Eigentum Wilhelms von Doorn eine Staatsaufsicht. Praktisch ist sie für die wertvollsten Teile dieser Vermögensobjekte überhaupt nicht bemerkbar. Wie wäre es sonst möglich, daß jetzt in Paris ein deutscher Rechtsanwalt, mit Millionenvorschuß in der Tasche, über hohenzollernsche Vermögensgegenstände verhandelt, die in Polen liegen. Weiß davon das preussische Finanzministerium überhaupt etwas?

Mindestens ebenso merkwürdig ist, daß das Kammergericht vorgestern die Hofkammer zur Lieferung von 5000 Festmeter Rundkieseln für sogenannte Preussenschwellen erster Güte — 5,40 Meter lang — frei Wagon Staatsbahn oder Wasser, zugunsten eines betannten Holzhändlers verurteilt hat. Der Holzhändler war seinerzeit der preussischen

Eine wichtige Entdeckung. Die russische Zeitungen berichten, ist es nach zwanzigjährigen Forschungen gelungen, im Gouvernement Kurland ungeheure Eisenerzlager festzustellen, über deren Umfang man sich heute noch gar keine genauen Vorstellungen machen kann. Schon seit längerer Zeit wurde im Gouvernement Kurland ebenso wie in den anliegenden Bezirken der Gouvernements Orel und Woroneß bemerkt, daß die Magnetitminerale ihre normale Stellung verliert und stellenweise sogar senkrecht zum Erdboden steht. Als Ursache dieser magnetischen Anomalie wurde das Vorhandensein von Magnetitlagerungen angenommen. Diese Hypothese wurde insbesondere vom Moskauer Professor Peist vertreten, der von 1896 bis 1918 Forschungen auf diesem Gebiete anstellte.

Auf Grund der Ergebnisse seiner Forschungen, die in einer Denkschrift an die Akademie der Wissenschaften zusammengestellt waren, wurde im Jahre 1919 von der Moskauer Zweigstelle der Akademie unter Leitung Professors Ljarsow und anderer Gelehrten der Versuch unternommen, durch Bohrungen das Vorhandensein der mutmaßlichen Eisenerzlager festzustellen. Die Verwirklichung dieses Planes wurde in diesen Jahren durch den Mangel an allen technischen Hilfsmitteln ungeheuer erschwert. Die notwendigsten Bohrinstrumente mußten aus dem Kaukasus herangeholt werden, an Stelle der fehlenden Doneszohle, die infolge der Transportchwierigkeiten nicht herangeschafft werden konnte, mußte Holz oder Leinwand verwendet werden usw. Trotzdem wurden alle diese Schwierigkeiten schließlich überwunden und nach einer Reihe von Bohrungen konnte jetzt festgestellt werden, daß in einer relativ geringen Tiefe (140 bis 150 Meter) gewaltige Eisenerzlager vorhanden sind, die an Qualität denen im Eisenerzgebiet von Krivoi Rog (Doneszgebiet) gleichen. Der Umfang dieser Eisenerzorkommen steht vorläufig noch nicht fest. Es wird aber angenommen, daß die Erzlager im Gouvernement Kurland eine Ausdehnung von etwa 200 Kilometern in der Länge und 6 bis 8 Kilometern in der Breite haben. Der Ausbeutung dieser neuen Erzlager stehen natürlich noch große Hindernisse im Wege, insbesondere der Mangel an technischen Hilfsmitteln und Kapital. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die neu entdeckten Eisenerzfelder in der künftigen Wirtschaftsgeschichte Rußlands eine große Rolle spielen werden.

Die Galerie „Sus, Unter den Linden 21, eröffnet am 13. eine Sonderausstellung des Bildhauers Georg Kolbe. Gleichzeitig sind in dieser Ausstellung mit größeren Kollektionen vertreten: Edward Munch, Oscar Moll, Graf Lucner, Max Beckstein sowie deutsche Romantiker mit ausgewählten Handzeichnungen.

Die Bibliothek für Kunst und Kunstgewerbe. Der neue preussische Staatsbibliothekentwurf enthält im Bereich der Berliner Sammlungen eine längst wünschenswerte Neuerung. Die bisherige Bibliothek der Unterirdischen des Kunstgewerbemuseums in der Prinz-Albrecht-Strasse trägt in dem neuen Ein dem Namen „Bibliothek für Kunst und Kunstgewerbe“. Die von Peter Nesten musterhaft geleitete Bücher- und Bilderabteilung, die im Verein mit der Vpperhelfischen Kunstabteilung seit langer Zeit für das Berliner Publikum eine so vielfältig anregende Kraft bemüht hat, bekommt damit einen Namen, der ihrer Bedeutung entspricht.

Ein Karl-Love-Preis für die Staatsbibliothek. Der Berliner Poetengerech hat das große, von Prof. Wilm im Jahre 1883 gemalte Bildnis Karl Loves der Preussischen Staatsbibliothek geschenkt. Es ist im Katalogzimmer der Kupfstichabteilung aufgehängt. Es gilt als sehr ähnlich.

Eisenbahnverwaltung gegenüber große Verpflichtungen auf Lieferung von Schwellen eingegangen. Er dachte sich bei einem merkwürdigen hohenzollernschen Sägewerk ein. Die dort seit Jahren üblichen tollen Zustände brachten es aber zuwege, daß die Verpflichtungen nicht erfüllt wurden. Der von der Eisenbahnverwaltung am Kragen gepackte Holzhändler ließ von Pontius zu Pilatus, und als das nichts half, zum Gericht. Jetzt siegte er vor dem Kammergericht. Wie er gefiegt hat, das verdient das besondere Interesse der Deffentlichkeit. Lautet doch das Urteil dahin, daß er für die 5000 Festmeter Rundkieseln keinesfalls mehr als 60 000 Mark für den Festmeter zu zahlen habe. Dieser ihm zugebilligte Preis steht heute etwa um 80 Prozent unter den üblichen Forderungen der Holzverkäufer. Mit andern Worten, das hohenzollernsche Holzgeschäft bringt der Verwaltung mindestens eine Milliarde Papiermark „Schaden“.

Der Deffentlichkeit könnte es gleich sein, wenn Wilhelm von Doorn sein Geld verschleudert. Das ist aber falsch. Nach der Beschlagnahmeverordnung vom November 1918 ist das preussische Finanzministerium mit der Beaufsichtigung und der ordnungsgemäßen Verwaltung des beschlagnahmten hohenzollernschen Vermögens beauftragt. Womöglich macht man daraufhin den preussischen Staat für die Niederlichkeiten der hohenzollernschen Güterverwaltung verantwortlich. Wir verlangen deswegen dringend eine rasche und eindeutige Untersuchung und Aufklärung der Angelegenheit. Wir müssen dabei aber darum bitten, daß die hochwohlwollenden Behörden es unterlassen, die hohenzollernsche Vermögensverwaltung oder die Hofkammer auf dem Altenwege zum schriftlichen Bericht aufzufordern. Dabei kommt nichts heraus. Wenn es nottut, werden wir auch die Gründe dafür angeben. Die Allgemeinheit hat Interesse an einer selbständigen und gründlichen Prüfung durch die beauftragte Behörde.

Wir werden unsere Leser über die Schritte, ganz gleich, welcher Art sie sein mögen, die von der Behörde auf Grund unserer Veröffentlichung erfolgen werden, auf das genaueste unterrichten.

Demokraten und Volkspartei.

Erkennung gegen Verschmelzungsbestrebungen.

Nach den Mitteilungen demokratischer Blätter kam auf der Tagung des demokratischen Arbeiter- und Beamtenausschusses die Forderung einer Verschmelzung der Mittelparteien und insbesondere der Demokraten und der Volkspartei zur Sprache. Der Reichstagsabgeordnete Erkelenz wies diese Forderung zurück:

„Man solle sich hüten, Entwicklungsprozesse künstlich zu beschleunigen und vorweg zu nehmen. Einzelne Parteien können wir erst schaffen, wenn in gewissen großen Grundfragen des staatlichen Lebens mehr Einigkeit als heute vorhanden sei. Zwischen der demokratischen Partei und der Volkspartei (siehe z. B. trennend die Frage der derzeitigen Staatsform. Die demokratische Partei ist republikanisch, die Volkspartei grundsätzlich monarchistisch. Man kann weder der einen, noch der anderen Partei zumuten, auf ihre grundsätzlichen Anschauungen zu verzichten. Zu dieser großen Frage, über die zwischen den beiden Parteien eine Einigkeit nicht vorhanden sei, lämen Gegensätze in Kulturfragen (Schulfragen), die sogar neuerlich scharf geworden seien. Wenn man mit der Verschmelzung der Sozialdemokratie ein Gegengewicht geben wolle, so sei das auf diesem Wege nicht zu erreichen. Eine verwaltene Einheitspartei, die aus beiden Gruppen jetzt gebildet werden könnte, würde eine starke Abwanderung von demokratischen Elementen zur Sozialdemokratie und von volksparteilichen Elementen zu den deutschnationalen zur Folge haben. Der erste Weg zur Konsolidierung des deutschen Parteiwesens sei nicht die Verschmelzung von Parteien, sondern das gemeinsame Zusammenarbeiten bei den Regierungsgeschäften.“

Diese Versicherungen haben nicht verhindert, daß die Demokraten sich immer wieder von der Volkspartei ins Schleppjau nehmen ließen.

Krise in den vaterländischen Verbänden.

München, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der Vorgänge am 1. Mai haben sich die Gegensätze innerhalb der vaterländischen Kampfbünde derart verschärft, daß der Vorsitzende mit dem gesamten Ausschuss jetzt ihre Ämter niedergelegt haben. Dieser Rücktritt geschah, weil die schärfste Tonart innerhalb der Verbände immer mehr die Oberhand gewinnt und damit auch in schrofferen Gegensatz zu der Regierung und der Landtagsmehrheit gerät. Die Rolle des Polizeipräsidenten Korth gegenüber den Verbänden am 1. Mai ist immer noch nicht geklärt. Herr Korth schweigt sich gegenüber dem Vorwurf der Verbände, daß er den Minister über den Aufruf, Rotpolizei zu formieren, vollständig falsch unterrichtet habe, völlig aus, trotzdem ihm das Hitler-Organ direkt Unwahrscheinlichkeit vorwirft. Die Krise in den Verbänden dürfte noch nicht abschließbare Wirkungen auf die Politik der Regierung und auf die innerpolitischen Verhältnisse in Bayern auslösen.

Oberbürgermeister Lupper rechtfertigt sich.

Nürnberg, 8. Mai. (U.) In der heutigen Sitzung des Stadtrates gab der Oberbürgermeister Dr. Lupper eine längere Erklärung über seine Haltung am 1. Mai ab. Danach sei es ihm lediglich darum zu tun gewesen, im Falle eines erfolgreichen Putsches in München zu ermöglichen, daß die gesetzmäßige Regierung in Nürnberg ihre Geschäfte weiterführen kann. Er habe schon früher von den Reichsbehörden die Zustimmung erhalten, daß die Reichsregierung im Falle eines Putsches in München Verstärkung der Reichsmehr nach Nordbayern und besonders nach Nürnberg entsenden werde, um eine weitere Verbreitung der Bewegung zu verhindern. Im übrigen sei es unrichtig, daß er die Verwendung von Reichswehr nach Nürnberg auch nur angeregt habe, noch könne es sich um irgendeine Aktion hinter dem Rücken oder gar gegen die bayerische Regierung handeln. Sämtliche Redner, mit Ausnahme derjenigen der Bayerischen Volkspartei, billigten das Vorgehen des Oberbürgermeisters.

München, 8. Mai. (U.) Amlich wird mitgeteilt: Das Staatsministerium des Innern hat in der Angelegenheit des Oberbürgermeisters Dr. Lupper-Nürnberg die nötigen Erhebungen veranlaßt. Von ihrem Ergebnis wird das weitere (?) abhängen.

Der franke Eckart.

Dietrich Eckart kann bekanntlich nicht verhofft werden, weil er nach Angabe eines Arztes an „Leberkrämpfungen“ leidet! Aber die Mitwelt wird ihn nicht verlieren. Er schreibt im „Völkischen Beobachter“ in einer Tonart, daß man wirklich annehmen kann, er leide an franker Leber oder Gallstau. Aber er kann schreiben, er kann schlumpfen, nur nicht vor Gericht erscheinen. Denn wozu wären sonst die ärztlichen Urteile nützlich, wenn sie nicht einem deutschen Helden helfen sollten? Und wozu hätte man die Münchener Polizei, wenn sie nicht einen so franken Mann vor der ungesunden Kerkerluft bewahren wollte? Beim Wotan, der Eckart gibt sich zwar oft so, er ist aber doch kein Loller!

Der Landrat a. D.

Dem Deutschvölkischen ist erneut Unheil widerfahren. Einer ihrer stolzen Bannerträger, der berühmte „Königliche Landrat“ Herzberg, ist mit 1500 M. Geldstrafe, im Gefängnis mit 15 Tagen Haft, bestraft worden, weil er in Artikeln der „Deutschen Zeitung“ und auch sonst öffentlich sich als „Königlicher Landrat“ bezeichnete, ohne gleichzeitig durch den selbstverständlichen Zusatz a. D. bekanntzugeben, daß der neue Staat nicht die Ehre und das Vergnügen hat, Herrn Herzberg unter seinen aktiven Landräten zu zählen. Es war die höchste Zeit, daß hier der Staatsanwalt eingriff. Denn das bisherige Verfahren des Herrn Herzberg war eine Amtsanmaßung im übelsten Sinne. Das Gericht machte Herrn Herzberg klar, daß er sich wohl als Landrat von Königs Gnaden a. D. bezeichnen darf, daß aber jedes andere Vorgehen eine bewußte Täuschung der Leser und die Anmaßung eines Amtes ist, das er nicht mehr bekleidet. Vielleicht sieht sich der Staatsanwalt in der gleichen „Deutschen Zeitung“ auch einmal den nicht minder berühmten Oberfinanzrat Dr. Bang an, der, soviel wir wissen, sächsischer Oberfinanzrat a. D. ist, sich aber auch noch immer als im Amte befindlicher Königssohn bezeichnet.

Das „rentable“ Ruhrunternehmen.

720 Mill. erhöhter Fehlbetrag der französischen Bahnen.

In Frankreich, wo die Eisenbahnen bis auf ein vom Staate feinerzeit zurückgekauftes Netz sich in privatkapitalistischen Händen befinden, besteht ein Oberster Rat der Eisenbahnen, in dem neben Vertretern der Behörden auch Delegierte der Gesellschaften und Vertreter der Arbeitnehmer sitzen. Diese Körperschaft sollte am 18. April über einen Antrag der Eisenbahngesellschaften beraten, der dahin ging, die feinerzeit ausdrücklich vorübergehend erhöhten Güter- und Personentarife, die ab 1. Mai 1923 wieder herabgesetzt werden sollten, weiter in Kraft zu behalten oder sogar noch mehr zu erhöhen. Von einer Erhöhung ist nur auf dringenden Wunsch der Regierung Abstand genommen worden, nur das Inkraftbleiben der Tarife wurde gebilligt, da nach den günstigsten Berechnungen das Defizit der Eisenbahnen 1520 Millionen Frank im Jahre 1923 (statt 1200 Millionen im Jahre 1922) betragen dürfte.

Bei der Begründung des Standpunktes der Gesellschaften erklärte deren Vorsitzender, daß dieses Defizit namentlich auf die Ruhrbesetzung zurückzuführen sei:

„Wenn Frankreich nicht die deutschen Gebiete besetzt hätte, dann wäre der Fehlbetrag für 1923, anstatt mindestens 1520 Millionen zu betragen, auf 800 Millionen zurückgegangen.“

Der Vertreter der Arbeitnehmer, Durup, unterstrich die Bedeutung dieser Erklärung und stellte sie den festigen Redewendungen Poincarés in Dünkirchen gegenüber, der alle diejenigen, die die Teuerung auf das Konto der Ruhrbesetzung setzten, als Sophisten und Lügner bezeichnet habe. Diese beleidigenden Ausdrücke fielen nun auch auf die Vorsitzenden der großen Eisenbahngesellschaften zurück, die feststellten hätten, daß das Ruhrabenteuer, außer den 720 Millionen sonstiger Kredite, noch den erhöhten Fehlbetrag von 720 Millionen kosten würde.

Aufruf der finnischen Sozialdemokraten.

Einem Aufruf des finnischen Sozialdemokratischen Parteivorstandes „Für die Arbeiter an der Ruhr“ entnehmen wir folgende Sätze:

Die Sozialdemokratische Partei Finnlands sieht es als ihre Pflicht an, ihre tiefste Anteilnahme der Ruhrarbeiterchaft auszusprechen, die gleichzeitig mit dem gegen die Unterdrückung der einheimischen Kapitalisten geführten Kampf einen

heldenmütigen, beinahe übermenschlichen Kampf

gegen die politische Unterdrückung und Willkür einer fremden Besatzungsarmee führen muß. Auch die finnische Arbeiterchaft will Protest einlegen gegen die von den französischen Besatzungsbehörden vorgenommenen Beschränkungen der Handlungsfreiheit der Ruhrarbeiter und vor allem gegen die Gewalttaten der französischen Okkupationsarmee im Ruhrgebiet. Sie verurteilt die Ausweisungen der Arbeiter, ihre Vertreibung aus den Wohnungen und besonders die tödlich in Offen geschehene Massenerschließung als

Taten, die die Würde der ganzen Kulturmenscheit herabsetzen.

Die Anwendung solcher Methoden gegen die wehrlosen Arbeiter ist geeignet im höchsten Grade die Stimmung unter den Arbeitern aller Länder zu erregen. Die Sozialdemokratische Partei schließt sich der Ansicht an, daß die Frage der Reparation der zerstörten französischen Gebiete durch friedliche Verhandlungen gelöst werden soll. Die Ruhrbesetzung hat keineswegs die Leistung der Reparationszahlungen gefördert, im Gegenteil hat sie ein schweres Hindernis gebildet, indem sie die für die Industrie beider Länder so wichtige Kohlenproduktion der Ruhr und des Industrielebens in Deutschland lahmgelegt hat. Ferner ist die Besetzung geeignet, den Rationalhaß zwischen zwei großen, für die Kulturarbeit der Menschheit so wichtigen Nationen zu entfachen, einen Haß, der Jahrzehnte lang die allgemeine Politik in Europa und die Kulturarbeit zwischen den verschiedenen Nationen vergiften wird. Deshalb erhebt auch die finnische Sozialdemokratie die Forderung, daß

die Reparationsfrage auf friedlichem, verhältnismäßigem Wege

zur Lösung gebracht werden muß. Diesen Weg haben ja auch die sozialdemokratischen Parteien der beiden Länder immer vorgeschlagen, in der Weise, daß Frankreich seine Besatzungsarmee aus dem Ruhrgebiet wegzieht, während gleichzeitig Deutschland bereit ist, ein detailliertes Programm seiner Zahlungsfähigkeit entsprechend, vorzulegen. Die finnische Sozialdemokratische Partei verliert sich darauf, daß die Klassenbewußte Arbeiterchaft beider Länder, indem sie auf ihre Regierungen in dieser Richtung einen Druck ausübt, in der Lage sein wird, nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern ganz Europa vor den Schäden zu retten, die die Folgen der gegenwärtig in der Ruhr betriebenen unheilvollen Politik zu sein drohen.

Danzig und Polen.

Um die Selbständigkeit Danzigs.

Danzig, 8. Mai. (Mit.) Die ganze gestrige Sitzung des Volkstages war ausgefüllt mit einer Besprechung der in letzter Zeit so überaus gespannt gewordenen Beziehungen zwischen Polen und Danzig. Alle Redner der Regierungsparteien billigten es, daß der Senat zu der Rede des polnischen Staatspräsidenten Stellung genommen hat, in welcher dieser der freistadt jährristen Wirtschaftskrieg angedroht hat. Sie stellten sich einmütig auf den Standpunkt des Präsidenten dahingehend, daß Danzig unter allen Umständen seine politische Selbständigkeit gegen jeden polnischen Übergriff zu wahren fest entschlossen sei, aber seinerseits keinen Kampf mit Polen wolle und zur Verständigung alle Zeit bereit sei. Von besonderem Eindruck war die ausdrückliche Erklärung des sozialdemokratischen Redners, daß eine mehr linksgerichtete Regierung in diesen Lebensfragen Danzigs keinen anderen Standpunkt einnehmen könne, als den des schärfsten Widerstands bei etwaigen Angriffen gegen die Freiheit und Selbständigkeit Danzigs.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Sozialgesetzgebung.

In seiner letzten Sitzung am 10. April prüfte der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts die Umstände, die verschiedene Staaten hindern, die internationalen Übereinkommen zu ratifizieren. Der britische Arbeiterdelegierte wies darauf hin, daß wohl der Achtstundentag häufig durchgeführt ist, die Staaten sich aber nicht für 10 Jahre binden wollten. Auch Großbritannien führt den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche bereits durch, hat aber das Übereinkommen von Washington noch nicht offiziell ratifiziert. Aus diesem Grunde hat er einen Antrag eingebracht, der den Direktor des Internationalen Arbeitsamts beauftragt, sich mit dem britischen Arbeitsminister in Verbindung zu setzen und ihn auf die Verpflichtung hinzuweisen, die die Vertreter der britischen Regierung auf der Konferenz von Washington eingegangen sind, und um von ihm Aufschluß zu erhalten, wann man gedenkt, dieses Übereinkommen in Kraft zu setzen. In einer längeren Debatte, die sich hieran anschloß, wurde darauf hingewiesen, daß sich andere bedeutende Industrieländer (Deutschland und Frankreich) ebenfalls das Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben, und daß die britische Regierung vorgeschlagen habe, auf die Tagesordnung einer der folgenden Konferenzen eine Abänderung der Ausführungsbestimmungen des Übereinkommens von Washington zu legen. Schließlich wurde beschlossen, eine neungliedrige Kommission einzusetzen, die der nächsten Verwaltungsratssitzung Bericht erstatten wird. Der Rat hat ebenfalls entschieden, daß die Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation unter Hinweis auf den Artikel 405 des Friedensvertrages, der vorschreibt, daß die Übereinkommensentwürfe der Internationalen Arbeitskonferenzen den zuständigen Körperschaften zum Zwecke der Ratifikation innerhalb von 12 Monaten, im Ausnahmefall innerhalb von 18 Monaten vorgelegt werden müssen, an ihre Verpflichtungen erinnert werden sollen.

Einem Vorschlag entsprechend hat der Verwaltungsrat beschlossen, im Oktober 1923 eine Konferenz abzuhalten, die nicht länger als 8 Tage dauern soll mit einer einzigen Tagesordnungsfrage, und daß die folgende Konferenz alsdann im Juni 1924 eröffnet werden soll. Der Verwaltungsrat beschloß, auf die Tagesordnung der Konferenz, die sich im Juni 1924 versammeln soll, die Frage der Nachtarbeit in den Bäckereien zu legen. In Anbetracht der besonderen Bedeutung dieser Frage, der Notwendigkeit, sie unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, die bestehenden nationalen Gesetze zu vergleichen unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage eines jeden Landes, hat der Verwaltungsrat vorgeschlagen, die Konferenz auf die Prüfung des genannten Fragenkomplexes zu beschränken und die etwaigen Abstimmungen über ein Übereinkommen auf eine folgende Konferenz zu verlagern.

Weiter prüfte der Verwaltungsrat eine Eingabe der großen Kriegsschadigtenorganisationen von England, Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich und Polen, die die Einberufung einer Zusammenkunft von Fachleuten fordert, zum Zwecke der Untersuchung einer zweckmäßigen Unterbringung der Kriegsschadigten und um zu ermöglichen, daß den Verbänden und Regierungen die in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen zugänglich gemacht werden können. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, auf diese Eingabe einen günstigen Bescheid zu erteilen.

Ferner hat der Verwaltungsrat das Abkommen ratifiziert zwischen dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts und dem Internationalen Seefahrtsausschuß über die gegenseitige Ausländigkeit und Zusammenarbeit der beiden Organisationen in Wanderungsfragen.

Schließlich hat sich der Verwaltungsrat ausgesprochen für die Einberufung einer Versammlung von Vertretern der öffentlichen Arbeitssachverständigen und statistischen Ämter, die sich mit der Vereinheitlichung der Arbeitsstatistiken befassen sollen zu dem Zweck, sie international vergleichbar zu gestalten und dadurch das wissenschaftliche Studium der Arbeitsfragen zu erleichtern.

Die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz, die Montag, den 22. Oktober, in Genf eröffnet wird, beschränkt sich auf die einzige Frage: „Bestimmung allgemein gültiger Richtlinien für die Gewerbeaufsicht“.

Heftige Differenzen bei der Reichsbahndirektion.

Dem Bezirksbetriebsrat bei der Reichsbahndirektion geht uns folgende Mitteilung zu:

Die der Öffentlichkeit durch die Presse bekanntgewordene ungeheure wirtschaftliche Notlage der Eisenbahner hat in der letzten Woche verschiedentlich zu Erschütterungen des Reichsbahnbetriebes geführt, da die Arbeiter in mehreren großen Dienststellen die Arbeit einstellen oder passive Resistenz übten, um bei der Direktion für die sofortige Auszahlung der bereits im März bewilligten Beiträge zu demonstrieren.

Obgleich die in der Direktion erschienenen Kollegen in ruhiger, sachlicher Weise dem Vertreter der Verwaltung, Herrn Oberregierungsrat Arnold, ihre Wünsche vorbrachten, ohne diesen auch nur im geringsten zu bedrohen, fühlte sich die Reichsbahndirektion veranlaßt, die bewaffnete Macht in Gestalt von Schupo-Beamten in Uniform und Zivil heranzuziehen. Die Vorstellungen des Bezirksbetriebsrats bei der Verwaltung wurden rundweg abgelehnt und gegen den Protest der genannten Körperschaft blieb das Gebäude bis zur vorläufigen Beseitigung der Differenzen besetzt.

Als nun dem Bezirksbetriebsrat bekannt wurde, daß die Verwaltung den Kollegen die durch die Demonstration und die passive Resistenz veräumte, äußerst minimale Arbeitszeit abziehen wollte, sah er sich gezwungen, am Montag, den 7. Mai, vorzeitig zu werden, um den geplanten Lohnabzug zu verhindern. Der Bezirksbetriebsrat tat nur seine Pflicht, als er dabei auf die Herausforderung neuer Erschütterungen des Betriebes und abermalige Demonstrationen der Arbeiter hinwies, was die Verwaltung ihrerseits zum Anlaß nahm, am Dienstag, den 8. Mai, erneut die Direktion durch Schupo besetzen zu lassen. Als der Präsident Wulff am gleichen Tage 9 Uhr vormittags den geschäftsführenden Ausschuß des Bezirksbeamten- und Bezirksbetriebsrats von diesen Maßnahmen verständigte, erhob der Bezirksbetriebsrat hiergegen scharfen Protest und verlangte die sofortige Zurückziehung der Schupo, da nicht die geringste Gefahr für das Leben oder die Gesundheit irgendwelcher Verwaltungsbeamten bestehe. Obwohl der Bezirksbetriebsrat die Garantie für die Sicherheit der Beamten im Falle neuer Demonstrationen übernahm, erklärte Herr Wulff, daß es bei der betreffenden Anordnung bleibe und daß er nicht daran denke, davon abzugeben. Da die Mitglieder des Bezirksbetriebsrates einstimmig der Meinung sind, daß

diese Maßnahme von der Arbeiterhaft als eine Provokation angesehen werde und erneut der Ausbruch von Unruhen zu befürchten sei, sahen sie sich gezwungen, da sie die Verantwortung nicht übernehmen können, ihre Ämter mit dem heutigen Tage zur Verfügung zu stellen.

Wir machen gleichzeitig schon jetzt die Öffentlichkeit, im besonderen die gesamte Arbeiterhaft, auf die Vorgänge aufmerksam und bitten alle Arbeitenden, die notwendige Aufklärung in die breitesten Schichten der Arbeiterhaft zu tragen, da mit einer Pressehefte von bürgerlicher Seite in den nächsten Tagen zu rechnen sein dürfte.

Neue Löhne im Bekleidungs-gewerbe.

Am 3. Mai fanden in Berlin zentrale Lohnverhandlungen für die Herrenkonfektion statt. Vereinhart wurde schließlich nach äußerst langwierigen Auseinandersetzungen, daß mit der Lohnwoche, in welche der Montag, den 7. Mai, fällt, eine Lohn-erhöhung von durchschnittlich 18 Proz. eintritt. Zur Verbesserung der Ferienregelung haben sich die Arbeitnehmer vorbehalten, demnächst neue Anträge zu stellen.

Für die Herren- und Damenmahlkleiderei fanden die zentralen Lohnverhandlungen am 3. und 4. Mai in Koburg statt. Als Ergebnis wurde hier für beide Branchen ein Lohnabkommen auf nur zwei Wochen mit einer durchschnittlichen Erhöhung von 18 Proz. vereinbart. Neue Verhandlungen sollen am 18. Mai in Nürnberg stattfinden.

Die Unterkommissionen der Gewerkschaftskommission.

Rast in allen Bezirken ist die Bildung und Konstituierung der Unterkommissionen der Berliner Gewerkschaftskommission erfolgt. Der Verlauf der Versammlungen und die Wahl der Arbeitsausschüsse verlief glatt. Bemerkenswert ist, daß in keiner Versammlung in der Diskussion — wie es bisher üblich war — die Richtungen Amsterdam und Moskau ihre Gegenüber zum Austrag brachten. Wo eine Diskussion stattfand, erfolgte sie unter rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten; ebenso die Wahlen.

Den eingetragenen Änderungen im Charakter der Unterkommissionen hatte man sich im allgemeinen ebenfalls schnell angepaßt. Nur in den Bezirken Charlottenburg und Spandau konnte man sich nicht so schnell an die neuen Verhältnisse gewöhnen. Man war sich aber darin einig, daß auch die neue Kommission bei ihrer Tätigkeit von den besten Absichten im Interesse der Gewerkschaften geleitet sein wird. Als Obmänner fungieren für den Bezirk VII Charlottenburg: Johannes Weidlich; VIII Spandau: Adolf Gut; IX Wilmerdorf: Röniger; XI Schöneberg: Tschäpe; XIII Tempelhof: Friedl; XIV Reinick: Winkguth; XV Treptow: Somke; XVI Köpenick: Prohloff; XVII Wilmersdorf: Reuendorf; XVIII Weihensee: Koch; XIX Panow: Rehner; XX Reinickendorf: Scheibe. — In den Bezirken Steglitz und Zehlendorf mußte die Kommissionsbildung aus verschiedenen Gründen zurückgestellt werden.

Gewaltspolitik im Saargebiet.

Ueber die Beweggründe der neuesten Verordnung der Saargebietskommission zur Beschränkung der Koalitionsfreiheit machte der Parteivorstand der Freien Gewerkschaften, Rimmrigg, auf einer Tagung der Funktionäre der Freien Gewerkschaften nähere Angaben, die ein bezeichnendes Licht auf die völlige Ausdehnung des Völkerverbundes bei der Verwaltung des Saargebietes werfen. Rimmrigg führte unter anderem aus: „Seien wir uns völlig klar darüber, daß, nachdem Entlassungen, Wohnungsfindungen, Streikbrecher, Rotverordnungen und andere Mittel den Streik nicht zum Erliegen bringen konnten, ein verschärftes Mittel nach dem anderen versucht wird.“ Rimmrigg teilte ferner mit, daß er mit dem Präsidenten der Regierungskommission, Kautz, eine Unterredung hatte. Dabei habe ihm Kautz erklärt, daß er bei seiner Anwesenheit in Genf ein Telegramm erhalten habe, das die Anweisung enthielt, die ungehinderte Ausbeutung der Saargebiete mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln herbeizuführen. In dieser Maßnahme zählte auch der Belagerungsstand. Der Präsident habe daraufhin unerbittlich Verhandlungen eingeleitet. Da die Verhandlungen leider ergebnislos verlaufen seien, sei er um so mehr gezwungen gewesen, die letzte Verordnung über die Forderung des § 152 der Gewerbeordnung herauszubringen. In einem Telegramm der französischen Grubenverwaltung in Saarbrücken nach Paris sei behauptet worden, 6000 Bergarbeiter wünschten größere Arbeitsfreiheit. Frankreich beruhe sich auf den Artikel 48 des Versailler Vertrages, der Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Saargebiete verbürge. Auf die Frage, ob diese Verordnung permanente Gültigkeit habe oder ob sie mit der Beilegung des Streikes wieder aufgehoben werden würde, wurde eine unbestimmte Antwort gegeben, die noch den Hinweis darauf enthielt, daß nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes andere Berufsgruppen beim Aufheben der Verordnung dasselbe Spiel treiben könnten. Als dem Präsidenten erklärt wurde, daß die Wirkung der Verordnung auf den Bergarbeiterstreik gleich Null sei, sagte er, daß er dann zu seinem größten Bedauern gezwungen sein würde, mit noch schärferen Maßnahmen eventuell mit Auflösung der Gewerkschaften durch Beschlagnahme ihrer Gelder vorzugehen.

Achtung, Buchdrucker und Buchdrucker-Gilfsarbeiter!

Der Schiedsspruch der Buchdrucker ist gestern vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Wir, die Unterzeichneten, erlauben, daß die Forderungen auf Grund dieses Schiedsspruches sofort eingereicht werden. Sollte wider Erwarten in irgendeinem Falle die Bezahlung verweigert werden, so wollen sich die Betroffenen sofort an die Organisationen wenden.

Robert Braun, Otto Glötz.

Schiedspruch im Einzelhandel abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat am 2. Mai für die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel einen Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Löhne von 10 Proz. bis zum 5. Mai und von 15 Proz. bis zum 26. Mai auf die bestehenden Wochenlöhne vorschreibt. Die Arbeitnehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt. Ueber die weiteren Maßnahmen berichtete Vollmeier am Montag, den 7. Mai, in einer überfüllten Mitgliederversammlung. Die Arbeitgeber haben zunächst den Vorschlag der Arbeitnehmer, Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar weiterzuführen, abgelehnt. Die Parteien sollen nunmehr von Amts wegen zu Verhandlungen geladen werden. — Von dieser Verhandlung, welche am Freitag, den 11. Mai stattfinden soll, wird es abhängen, ob es im Einzel-

handel auch für die Handelshilfsarbeiter zu ersten Kompensationen kommt. Am Freitag abend wird die Entscheidung durch die Funktionäre erfolgen, wenn die Arbeitgeber weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt verbleiben.

Verbindlich erklärtes Lohnabkommen für Kellerarbeiter. Durch Verhängung der Reichsarbeitsverwaltung (Zarfabteilung) ist das Lohnabkommen, abgeschlossen am 25. April 1923 für die in den Belegungsabteilungen und Hilfsbetrieben beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer für den räumlichen Geltungsbereich der Stadtgemeinde Berlin mit Wirkung vom 18. März 1923, für allgemein verbindlich erklärt worden. — Abschriften dieser Verbindlichkeitsklärung sind im Deutschen Verkehrsbund (Abteilung Transportarbeiter) Engelauer 24/25 b. II, Zimmer 82, zu haben.

WPK-Mitglieder in Kunst- und Bauklassen und Selbstverwaltungen. Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, in der Schulaula Böttcherstraße, wichtige Versammlung. Erscheinen unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung, Fabrikarbeiter! Am Freitag, den 10. Mai, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, großer Saal, Funktionärskonferenz des Fabrikarbeiterverbandes. Vortrag des Kollegen Bros. Honowert. Über: „Parteilichkeit oder neutrale Gewerkschaften“. Alle WPK-Funktionäre haben die Pflicht, diese Versammlung rechtzeitig zu besuchen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

117. Abt. Lichtenberg.

Das feiten der Lebensgruppe werden unsere Genossen durch Handzettel zu einem Jahlabend eingeladen. Die Einladungen tragen die Unterschrift Alfred Berger. Der Genannte ist mit unserem Abteilungsleiter gleichen Namens nicht identisch. Unser Jahlabend findet am Mittwoch abend 7½ Uhr in der Schule Bismarckstraße 60 statt.

2. Kreis, Wedding. Kreispartei Donnerstag, den 10. Mai (Himmelfahrtstag). Treffpunkt 8½ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Eingang Bismarckstraße. Reduziert 11½ Uhr Bismarckstraße. Fortsetzung Briefe.

7. Kreis, Charlottenburg. Bildungsverein. Karten für „Die Journalisten“, Schiller-Theater, am Sonntag, den 12. Mai, für „Die lustigen Weiber von Windsor“ am 10. Juni und für „Die Hebräer“ am 17. Juni, sind abzugeben beim Genossen Will. Nordhausen Str. 10.

Heute, Mittwoch, den 9. Mai:

38. Abt. Bernauer-Brauerei. 7 Uhr Monatsversammlung im Saal. Vortrag des Genossen Carl Schneider über „Arbeitsstellung und Entlohnung“.

39. Abt. Reinick. Der Jahlabend fällt aus. Dafür Freitag, den 11. Mai, 7½ Uhr Abteilungsversammlung im „Sombrius“. Thema: „Die europäische Lage“. Ref. Gen. Rühlert, M. d. S.

40. Abt. Reinick. 8 Uhr Abteilungsversammlung im Feiernsaal der Schule Bismarckstraße. Ref. Gen. Bros. Wichtige Tagesordnung.

41. Abt. Tempelhof. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Feiernsaal der Schule 6, Bismarckstraße. Thema: „Der Kampf gegen den Faschismus“. Ref. Gen. Rühlert-Müller.

42. Abt. Köpenick. 7½ Uhr Jahlabend bei 211, Schulensdorfer Straße. Besondere wichtige Tagesordnung.

43. Abt. Weihensee. Unsere für heute angesetzte Mitgliederversammlung findet umständlicher erst Mittwoch, den 16. Mai, statt.

44. Abt. Köpenick. 7 Uhr gemeinsamer Jahlabend im Jugendheim, Breite Straße 22. Vortrag des Genossen Th. Wimmer, M. d. S. Die Beiträge werden um 7 Uhr gesammelt, um 8½ Uhr beginnt der Vortrag.

45. Abt. Köpenick. 7½ Uhr Jahlabend bei 101, Bismarckstraße, Ernststr. 1.

46. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei 101, Hauptstraße. Die Vorstandssitzung zusammen um 7 Uhr. Vorstandswahlen.

47. Abt. Köpenick. Der Jahlabend fällt heute aus und findet nächsten Mittwoch statt. — Parteikonferenz, die von der Parteipartei des Genossen „Freier Mannheimer Wilhelmstr.“ (M. d. S. S. S.) teilnehmen wollen, treffen sich am Himmelfahrtstag (10. Mai) um 8 Uhr im Bahnhof.

Jugendpartei. Gruppe Reinick. Sonntag nach Rosen-Feiern. Treffpunkt abends 6 Uhr Bahnhof Wilmersdorf-Reinick. — Freitag, den 11. Mai, Besuch der Abteilung Schöneberg. Treffpunkt 7½ Uhr am Springbrunnen Friedrich-Wilhelm-Platz. — Gruppe Schöneberg. Sonntag, den 10. Mai, vormittags 7 Uhr. Treffpunkt zur Fahrt nach Bismarckwerber Schöneberger Bahnhof. — Freitag, den 11. Mai, im Rindbrot-Reinickstraße, Funktionärstagung. Abends um 8 Uhr Vortrag des Genossen Rühlert-Müller.

Romanen. 7½ Uhr im Saal des Kollumnensaal Mitgliederversammlung. Referat: des Genossen Wende über: „Die politische Lage“.

Frauenveranstaltung am Mittwoch, den 9. Mai:

135. Abt. Köpenick. 7½ Uhr bei 111, Bismarckstraße. Thema: „Die Erfassung der Schwere“. Ref. Genesse Bernward Krüger.

Kinderveranstaltungen:

9. Kreis, Wilmersdorf. Arbeitsgemeinschaft der Kinderkassen. Am Donnerstag nachmittags Ausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt 3 Uhr nachmittags Heideberger Platz. Eltern und Freunde beteiligen sich.

5. Abt. Der Jahlabend fällt aus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Berliner Arbeiter-Schau-Club. Abteilung Köpenick. Himmelfahrt-Ausflug. Oberseele „Wasserfall“. Gewerke-„Lippe-Charin“. Abfahrt Steintiner Bahnhof 6 Uhr und 7:30 Uhr. Sonntag-Rückfahrkarte 1000 M.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen. Bezirk-Treptow. Versammlung: Feiernsaal, Bismarckstraße, 13. Beginn 8 Uhr abends pünktlich.

Freitag, den 11. Mai: „Die sollen wir uns und unsere Kinder zweckmäßig ernähren?“ (Dr. med. S. Borstlein). — Freitag, den 18. Mai: „Vollbildungen aus alter Zeit“ (Dr. Erich Brock, Rektor an der Universität Berlin). — Freitag, den 25. Mai: „Die Aufgaben des Elternhauses bei der Erziehung der Großkinder“ (Dr. Gulsans Engelmann). — Freitag, den 1. Juni: „Gesundheitliche Bedeutung neuerzeitlicher Schulreformen“ (Professor, Dr. Kemfke).

Verantwortlich für den redakt. Teil: Walter Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glötz, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Stirn 1. Blatt.

DUNLOP

CORD

Im Gebrauch die billigste Bereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Bel **Korpulenz + Fettleibigkeit** sind **Dr. Hoffbauers** zeh. zesch. **Entfettungs-Tabletten** ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausführliche Broschüre gratis. **Elefanten-Apotheke** BERLIN SW, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz)

SUNNEN-SEIFE



Leicht löslich und ausgiebig,
dadurch sparsam im Gebrauch.

Etatdebatte im Rathaus.

Der Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Berlin wurde in der gestrigen Stadtratsversammlung sehr eingehend erörtert. Obwohl die Sitzung ungewöhnlich zeitig begonnen hatte, kam die erste Lesung noch nicht zu Ende. Für die sozialdemokratische Fraktion betonte Genosse Dr. Rohmann einige der Hauptforderungen zum Etat, die weitere Vereinfachung des Verwaltungsapparates, die zuverlässige Sicherung der Werke im Besitz der Stadt, die gebührende Heranziehung der Leistungsfähigen zur Tragung der aus der Stadtverwaltung entstehenden Lasten. Der letztgenannte Punkt findet bei den Bürgerlichen wenig Freunde. Bei den Deutschnationalen war Redner nicht der nur nöchelnde Pastor Koch, sondern Dr. Steiniger als Vertreter der zu positiver Mitarbeit geneigteren Gruppe.

Gen. Dr. Rohmann leitete die Debatte ein. Er wandte sich zunächst der Frage „Groß-Berlin“ zu: Groß-Berlin ist ein Kind der Not, an dem nicht herumgedoktert und herumgequackelt werden sollte. Ueber die anderweitige Abgrenzung ist es ja jetzt bei den Gegnern recht still geworden, um so lauter erschallt jetzt bei den Gegnern der Ruf nach einer anderen Verwaltung. Wir halten aus Prinzip an der Einheitsgemeinde fest, um des Prinzips der Erhöhung der Leistungsfähigkeit und sozialer Vorteile durch planmäßige Organisation willen. Zur Abhilfe der etwa herorgetretenen Schäden brauchen wir kein neues Gesetz; kommt es wirklich zu neuen Experimenten, so nimmt die Unruhe und die Ungewißheit überhaupt kein Ende. Der Haushalt für 1923 ist ein Notetat.

Das Erbe des Weltkrieges

kann nicht in einem oder in zehn Jahren liquidiert werden. Um so notwendiger ist den Riesenlaster dieses Etats gegenüber eine von sozialer Verantwortung getragene Stadtverwaltung. Prophylaxe ist besser als Therapie, darum müssen Steuerung der Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffung, Milderung des Wohnungsstands ihre Hauptaufgaben sein. Soziale Aufgaben sind auch auf dem Schul- und Bildungsgebiete zu vollziehen; hier muß leider vorerst der eingeschlagene Weg der Planwirtschaft zu Ende gegangen werden. Eine sozialistische Schulpolitik ist bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen nicht denkbar; möglich wäre eine entschiedene demokratische Schulpolitik, und hier hat die unglückselige Idee des Bürgerbunds im Reichstage die Demokraten in eine Stellung hineinmanövriert, die sie vor ihrem Programm nicht verantworten können. Im Verwaltungsapparat der Stadt liegen in manchen Zweigen noch viel zu viele entbehrliche Kräfte, so in den Stellen der Hoch- und Tiefbauverwaltung; kein Beamter darf befristet werden, der nicht notwendig ist. — Da die Steuerhoheit den Kommunen genommen ist, müssen wir um so dringender die Verabschiedung des Landessteuergesetzes, in dem aber die Erleichterung der Kommunen nicht auf Kosten der großen Masse, etwa durch Erhöhung der Umsatzensteuer, erfolgen darf, fordern. Für die

Erhaltung und Erneuerung der städtischen Werke.

das wertvollsten Besitzes der Stadt, treten wir ein und leisten dem danach lästern Großkapital schärfsten Widerstand; zur Verbilligung der Produktion bedarf es einer anderen Betriebsform, und hier bedauern wir sehr, die Kommunisten nicht an unserer Seite zu finden. Unsere Zustimmung zur Beibehaltung der sozialen Abgabe auf Gas steht und fällt mit der endlichen Erfüllung unseres Verlangens nach billigerem Gas für die Minderbemittelten. Wir haben die Arbeiter davon überzeugt, daß sie jetzt für die Allgemeinheit Opfer bringen müssen, aber auch der Besitz muß Opfer bringen. Die Gewerbesteuer, die bis zu gewissem Grade Besteuerer ist, liefert noch lange nicht genug Erträge. Wir brauchen steuerliche Gerechtigkeit, nicht Steuerbetrug! Die bürgerliche Mehrheit vom Jahre 1921 hat die Probe nicht bestanden; auch Groß-Berlin wird

nicht mehr gegen die Sozialdemokraten

regiert werden können. In dem Kampf der Parteien werden wir da zu finden sein, wo es sich um die sozialen Notwendigkeiten Berlins handelt! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Steiniger (Dnat.) erhielt nach Dr. Rohmann das Wort, ohne indes davon Gebrauch zu machen, wohl weil seine Partei nur sehr spärlich im Saale vertreten war.

Werden (Dem.) begann mit einem scharfen Protest gegen die Reichsanfragen, die trotz der rasenden Geldentwertung bei der Verabschiedung des Landessteuergesetzes so arge Sammelgültigkeit an den Tag legten, glaubte aber zugleich die Sozialdemokraten im Punkte der Umsatzsteuer sträflicher Halsstarrigkeit zeigen zu sollen;

auf den Etat für 1923 würde übrigens das Landessteuergesetz einen Einfluß nicht mehr ausüben können. Ueber Verschwendung von Beamtenkräften in der Zentrale der Tiefbauverwaltung klagte auch Werlen; in der inneren Organisation der Bureaus sei das Maximum an Ersparnismöglichkeiten noch lange nicht erreicht. Im Punkte der städtischen Werke stellte sich Werlen — selbstverständlich — auf einen unserer Redner entgegengesetzten Standpunkt, wobei er die bezügliche Magistratspolitik als schwankend und inkonsequent hinstellte. Den

Traum einer bürgerlichen Mehrheit

hat, nach Werlen, kein Demokrat in der Versammlung geträumt; die Demokraten speziell haben niemals eine Politik der bürgerlichen Mehrheit, sondern stets die der Vernunft und des Verantwortungsgesüßes (!) getrieben. Im gleichen Atemzuge machte aber Herr Werlen für die Wohnungsnot die Zwangswirtschaft verantwortlich!

Dr. Steiniger, der jetzt das Wort nahm, erklärte in der Haushaltsaufstellung für 1923 eine Art von Eingeständnis des Stadtkonkretts, das zwar nicht dazu beitragen werde, den Kredit Berlins zu erhöhen. Er warnte eindringlich vor einer Vermehrung der Schulden. Gespart werden dürfe nicht am Existenzminimum der Bevölkerung, und so bleibe nichts übrig, als an den Kulturaufgaben zu sparen. Gegen die Reichstagsmehrheit, die bisher das Landessteuergesetz nicht verabschiedet habe, fand der frühere Berliner Stadtkämmerer sehr scharfe Worte.

Gegen 7 1/2 Uhr brachte Dr. Rosenberg (Komm.) zur Sprache, daß sich ein großer Kostendruck auch durch für die Berliner Bevölkerung ergeben habe, daß eine Reihe kommunistischer Berliner Abgeordneter aus dem Abgeordnetenhaus gewaltfam durch Polizei ausgewiesen seien (Gelächter rechts). — Ein bezüglicher Dringlichkeitsantrag der Kommunisten war eingebracht. — Vorher nahm die Versammlung die Vorlage wegen Regelung der Versorgungsbezüge leitender Angestellter der Straßenbahn mit Sonderverträgen an, nachdem vorher der Antrag der Sozialdemokraten, diese Regelung auf alle Angestellten der Straßenbahn auszuweihen und den Magistrat um eine betr. Vorlage zu erlauben, mit 85 gegen 83 Stimmen abgelehnt war. — Gegen den kommunistischen Dringlichkeitsantrag, der die Versammlung zum Protest gegen den zeitweiligen Ausschluß der Berliner Kommunisten aus dem Landtag aufforderte, erhob die Rechte Einspruch, so daß seine sofortige Verhandlung unterbleiben mußte.

Bei Fortsetzung der Haushalts-Generaldiskussion

sprach dann für die DVP Dr. Neumann, der durchaus bestritt, daß die Zentralisation der Groß-Berliner Verwaltung irgendwelche erhebliche Ersparnisse herbeigeführt habe, im Gegenteil seien die Ausgaben dadurch gestiegen. Der Riesentörper Groß-Berlin habe unvermeidlich eine Riesenbureaucratie heraufgezogen; gleichwohl sei die Selbstverwaltung sehr schätzbar, wenn hier durch Dezentralisierung abgeholfen wird; dann würde den Bezirksämtern mit der Zeit auch die Eigenschaft blößer „Schwabbuben“ abhandeln können. Redner erörterte dann die Möglichkeit weiterer Ersparnisse an Geschäftsbetrieben, schloß sich auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens Werlen an und leitete Experimente mit neuen Schulreformen ab. Die Versammlung verwahrte er gegen den vom Kämmerer erhobenen Vorwurf, daß sie die Schuld dafür trage, wenn eine Mehrheit für eine anderweitige Betriebsform der städtischen Werke noch nicht zustande gebracht sei. Aus dem Landessteuergesetz würden nicht entfernt die von Kämmerer erwarteten Ueberflüsse herauskommen.

Schwend (Komm.), der nach 8 1/2 Uhr zum Worte kam, sprach von gänzlich geleerten Kassen. Er leitete die Finanzbedrängnis der Stadt auch davon her, daß die Reichsregierung besonders seit einem halben Jahre lediglich die weitestgehende Schonung des Besitzes als Zweck und Ziel verfolge. Heute zahlten die Schwereichen im Jahre weniger Steuern als die Arbeiter in einem Monat. Die Begünstigung des Besitzes sei schon lange vor der Ruhrbelegung praktiziert worden, siehe z. B. Stundung der Kohlensteuer und der Aufsubrogade. Von ungemeiner Bedeutung für die Gemeinden sei auch

die sinnlose Sabotage der Marktlösungsaktion

der Reichsbank. Der Magistrat habe seinerseits auch nicht seine Pflicht gegenüber der breiten Masse getan, im Gegenteil, sie zu belästigen sei das A und O seiner Finanzpolitik, wie die stete Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise sattem beweis. Die wirtschaftliche Gefaltung der Werke könne durch Zuziehung der Betriebsräte zur Verwaltung erheblich verbessert werden; diesen Schritt zu tun scheue man sich indessen.

Hierauf verlas man um 9 1/2 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf kommenden Dienstag.

1) Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Aylander.

Gerade bei Sonnenuntergang sahlten wir die Insel. Ein haarbreit Baard von unferm Kurs war sie plötzlich aus der Tiefe des Stillen Ozeans aufgetaucht und zeichnete sich wie ein abgebrochener, zackiger Regler für ein paar Minuten gegen die matte Blau des Sonnenhalls ab. Dann war sie wieder in dem purpurfarbenen Nebel, der die Grenzlinie zwischen Himmel und Meer auslöscht, verschwunden.

„Gut getroffen“, sagte der Schiffer, legte das Glas fort und rief etwas durch das offene Skylight nach unten. „Wir müssen doch Ranawaj begießen“, sagte er.

Pflichtschuldigst lachte der Steuermann mit. Als der Steward alles Notwendige brachte und der Kapitän sein Glas gebraut hatte, machte auch er mit großer Sorgfalt seine Mischung. Mit sichtlichem Wohlbehagen hielt er das Glas gegen den schwindenden Tag.

„Nun habe ich seit siebenundzwanzig Jahren ein Fahrzeug auf dem Stillen Ozean geführt“, begann wieder der Schiffer, der sich schwer von seinem Thema loszureißen schien, „und nie war etwas mit dem Besten in Unordnung, immer richtige Zeit und richtiger Kurs. Und ich möchte wissen, ob es auf unserer Seite ein etelhafteres Fahrwasser gibt. Jetzt hat man ja seine sicheren Karten, aber wie war's vor zwanzig Jahren!“

Der Steuermann bestätigte, nachdem er einen gehörigen Schluck aus dem Glase genommen, daß es früher jämmerlich war. Und um seinen Dienstleister zu beweisen, ging er ein paar Schritte bis an das Ruder und sah auf den Kompaß.

„Wie festgenagelt auf den Kurs“, sagte der Schiffer, der sich in einem Liegestuhl neben dem Skylight ausgestreckt hatte.

Der Schoner steuerte tatsächlich bewundernswert, obwohl er so gut wie leer war. Mit allen Segeln im Topp glitt er vor einem gleichmäßig flauen Südost leicht und lautlos wie ein wächstlicher Beelhem, ein Geist, über die kaum gekräuselte See. Rasch brach das Dunkel herein, und die Sterne brannten klar und nahe. Es sah aus, als wäre die Rode von der Bramrah in den geschlossenen Ring der Plejaden eingedrungen. Als Beelhem sich in eine Dünung setzte, schien die Rahmad mit

einem raschen Schnitt das schöne Sternbild in der Mitte zu durchschneiden, gleich darauf aber ruhte sie wieder stille — wie festgenagelt — mitten in Kreise der sieben fernen Sonnen.

Die Plejaden waren eines der wenigen Sternbilder, die ich hier kannte. Das heißt, ich kannte auch diese neuen, wußte wie sie aussahen, hatte sie ja nun monate- und jahrelang gesehen. Aber eigentlich — das ist wenigstens meine Ansicht — lernt man niemals andere recht kennen und lieben, als die Sterne des Kindheitshimmels, die unsere Reugier wecken, ehe wir noch krieden konnten, als man zum erstenmal uns an einem Winterabende zum Fenster aufhob, und die dann Jahr für Jahr über Roarnbaden, über dem Fjord, über Gullöland und über der Bucht gegen Norden leuchteten. Orion mit seinem blühenden Schwert. Die Veier, bei der man sich einbildete, deutlich die zitternden Saiten zu sehen. Den großen Wagen. Den Drachen. — Alle waren sie jetzt weit fort, verschwunden, leuchteten über anderen Gegenden des Erdballs. Ich mußte sogar lange Zeit nach dem Polarstern suchen. Aber da stand er ja, blinkte und blinkte, nur wenige Grade über dem Horizonte, direkt unter dem Refanbaum.

Da blinkte er wieder. Ja, ja, ich verstehe wohl! Grüße aus der Heimat! — Es war eine Verabredung. Vielleicht geht jetzt eine dort an einem bitterkalten Winterabend und sieht auch diesen Stern an und denkt an etwas.

Der Schnee knirscht unter ihren kleinen Füßen, und vielleicht kneift es ein wenig in den Ohrläppchen. „Sollte ich einmal in die Sübsee kommen, auf die Perleninseln, dann kaufe ich dir zwei große Perlen für deine Ohrläppchen, damit niemand sehen kann, wie groß und rot sie sind“, hatte ich einmal gesagt und diese roßigen Ohrläppchen geküßt.

Und nun war man hier — stand hier in dem lauen Luftzuge hartus an Ruder, nur mit einem leichten Hemd und einer Hose bekleidet, unter fremden Sternen, mit unserem eigenen Stern, der daheim hoch am Himmelsgewölbe über den schneebedeckten Bergen steht, kaum sichtbar über dem Horizont, mit dem Schiffer und Steuermann, die mit unzähligen Rumgrugs die Sübseeinsel begießen, die dort unter dem Sternengewimmel gerade vor uns liegt.

Es waren aber nicht die Perleninseln, auf die wir jetzt zu steuerten, sondern eine ganz prosaische Kobrahnel in der Raha-matu-Gruppe; aber man konnte nie wissen, was einem viel-

China in der Kantstraße.

Es kann geschehen, daß man einen einsamen Spaziergang durch die Kantstraße in Charlottenburg beginnt. Hier begegnet man zwar nicht der „reinen Vernunft“, dafür aber überaus zahlreichen chinesischen Physiognomien. Vielleicht ist der ferne Osten das Sinnbild der reinen Vernunft? Wie immer — wer den chinesischen Gestalten folgt, wird merken, daß sie alle in einem bestimmten Hause verschwinden. Dort hat die chinesische Kolonie, die in Berlin vornehmlich aus Studenten, Technikern und Medizinern besteht, ihren wissenschaftlichen Klub, in dem Vorträge und Gesellschaft gepflegt werden. Dort ist aber auch Tsai-Tien-Wens Restaurant „Tientsin“.

Ohne jede chinesische Kröbste verschwindet die äußere Aufmachung im nächsten Straßenbild, und auch daß Konzerte von den Aufschritten am Eingang versprochen werden, wirkt durchaus nicht exotisch. So richtig exotisch ist des Restaurant Tientsin auch im Inneren nicht. Aber an sauber weiß gedeckten Tischen sitzt Jung-China. Und es ist immerhin interessant, Jung-China in die Schüffeln zu gucken. Man muß natürlich selbst Gott sein, um beobachten zu können. In der Küche sieht man unter heißen, weißen Linnenhauben die Gesichter der eifrig bemühten chinesischen Köche. Was kochen sie? Eine Speisensorte gibt Auskunft. Sie ist links chinesisch und rechts deutsch beschrieben. Doch man wird nicht flug aus dem deutschen Text — Gulasch, Kalbsnierenbraten und Karpen blau kann man schließlich auch anderswo essen, wozu da erst nach Tientsin in Charlottenburg reisen. ... Ein Kellner, der zwar nicht chinesisch, aber unverfälschten Wiener Dialekt spricht, rübt Ratshlöse: man wähle entweder in Butter gewässigten Weißkohl auf chinesische Art oder das Nationalgericht: „Chiden-Chopp-Sun“. Dazu empfiehlt sich, weil alles sehr fett zubereitet ist, eine Schüssel mit kaltem Reis. Man kann Bier haben, doch ist das etwas stilllos. Tee wirkt schon chinesischer; am ehesten ist es, zu essen ohne zu trinken. Dann also kommt Chiden-Chopp-Sun. „Chiden“ heißt: vom Huhn, was Chopp-Sun heißt, weiß ich nicht. Ich weiß nur, diese raffinierte Komposition von Hühnerfleisch, Schweinefleisch, von Eiern, Fettsäuren, Zwiebeln, aufreizend grünen Gemüsen, mit Pfeffer- schoten gemengt, von ganz fettsamen Gewürzen gedappt, angeblich auch mit Hühnerblut gebeizt, scharf, fett und doch durch irgendein feinschmedendes Verfahren gemildert, schmeckt ungläublich gut. Der köstliche Reis läßt die ganze Geschichte annehmlicher gleiten.

Man fällt als Europäer nicht sonderlich auf, täglich kommen ja Amerikaner hin. Nur, wenn man verlernt, sich der Stübchen, mit denen Jung-China grazios und sicher futtert, zu bedienen, lächeln die golden, pechschwarzen jungen Herren, aber nicht molant, sondern herzlich.

Die städtischen Obstgüter.

Die Güterverwaltung G. m. b. H. der Stadt Berlin hatte gestern Vertreter des Magistrats, der Stadtratsversammlung und der Presse zu einer Blütenfahrt nach den städtischen Kiefigütern Ralchow und Blankenburg geladen. Unter Führung des Güterdirektors Dr. Ruths fuhr man auf Landwagen bis an den Gutshof Ralchow und hörte dort, daß die städtischen Güter 24 Parzellen mit 45 Einzelgütern in einer Gesamtgröße von 108866 Morgen umfassen. Hieron befinden sich in eigener Bewirtschaftung der Stadt bzw. der städtischen Güter G. m. b. H. 16 Parzellen mit 31 Einzelgütern; verpachtet sind 6 Hauptgüter mit 14 Einzelgütern. Auf den in eigener Bewirtschaftung befindlichen Gütern werden 2800 Arbeiter (hieron 2000 ständig) beschäftigt. Nach einer Befichtigung der Güter, die einen ausgezeichneten Bestand an Rindvieh und Schweinen aufwiesen, ging die Fahrt über die Kiefigelder zum Rebengut Blankenburg. Das Rebengut Blankenburg ist für die umliegenden nördlichen Güter zum Obstgut mit Obstmuttergärten und Aufsicht junger Obstbäume eingerichtet. In Blankenburg werden unter Aufsicht des städtischen Obergarteninspektors Hempel junge Obstbäume für Erlosh- und Reupflanzungen herangezogen und außerdem in Verbindung mit der pflanzenphysiologischen Versuchsanstalt Daklem Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen ausprobiert, um nach erfolgter Feststellung auf den einzelnen Gütern in Anwendung gebracht zu werden.

Das Schicksal des Freibades Wannsee. Eine Stätte, die für das erholungsbedürftige Publikum von größter Bedeutung war, das Freibad Wannsee, soll jetzt, wie es scheint, geschlossen bleiben. Der Pächter des Bades, der seit dessen Bestehen für die Instandhaltung der ganzen Einrichtung Sorge getragen hat, will an die Reparaturarbeiten, die einen ungeheuren Geldaufwand erfordern, nicht herantreten, wenn die Stadt Berlin seinen Vertrag im Herbst ablöst, nicht auf längere Zeit erneuert. Das Freibad liegt bereits vom Erdboden verschwunden und hat den gefährlichen Wildbärdern Platz gemacht. Es ist dringend gebeten, daß die maßgebenden Behörden sich um diese Angelegenheit im Interesse der Bevölkerung kümmern.

leicht in den Weg kam. Jedenfalls mußte ich die Augen offen halten. Hand ich ein paar passende Perlen, da wollte ich schon aufpassen.

Voraus auf Deck war es bis dahin ganz munter zugegangen. Es hat ja stets etwas Belebendes, wenn Land in Sicht kommt, selbst wenn die Reise nur einige Wochen gedauert hat, und wenn das Land nichts weiter ist als eine Insel mit ein paar halbnackten, schwarzbraunen Sübsee-Einwohnern in armseligen Grashütten unter Kokospalmen.

Sullivan hatte sein Banjo hervorgeholt und seinen ganzen Viedervorrat von den lustigen Stätten in Lima und Puna aufgeführt, und unser langer, ehrbarer Dadson hatte einen Beitrag dazu geliefert, indem er die Sololanzlerin Miß Vola vom Salon Arce Roe in Callao nachahmte. Dann ward Bigg getanzi nach der scharfen, herzzerreißenden Musik von zwei Stüdchen trodener Haißschhaut, die gegeneinander gerieben wurden. Man dürfte ja eigentlich Musik und Haißschhaut gar nicht in einem Atem nennen, aber jeder weiß wohl, daß es bei dieser Art Tänzen im Grunde nur auf den Takt ankommt. Ich kenne übrigens nichts, was in diesem Punkte Haißschhaut übertreffen könnte, es sei denn Sandpapier. Aber auf diesen Breitengraden ist jedenfalls Haißschhaut „im Gebrauch das Billigste“, wie der Ausdruck lautet.

Im ganzen war es ein behaglicher Abend gewesen, kein Lärmen und Zanken, keine Grämlichkeit, nur unschuldige Freude.

Selbst der wenig gefellige Steward hatte sich auf Deck locken lassen, wenn er auch nur für einen Augenblick aus der Kombüse für gelugt hatte. Jedenfalls hatte man achteraus gehört, daß Wilson plötzlich Chinesisch mit ihm gesprochen hatte. Es war immer dasselbe unaussprechliche: „Vong Lee, Sir, moping kai dai!“ Wong Lee, Sir, Sie haben Ihren Zopf verloren! Schon Wilsons Tonfall, wenn er „Sir“ sagte, genügte, um einen ehrlichen Chinesen grün und gelb zu ärgern, abgesehen davon, daß die den Zopf betreffende Behauptung eine unaußsprechliche Schande bedeutete. Man hörte darauf den Ton einer Blechform oder von etwas Kehnlichem, das auf Deck geworfen wurde. Dann folgte ein schwerer Gegenstand, vielleicht eine Märkerleute. Und endlich gab es ein Laufen und Jagen, bis alles sich in Lachen, Heiterkeit und Veröhnung auflöste. (Fortsetzung folgt.)

Ruhrkampf und Besizopfer.

Im Reichstag wurde bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Rotgesetzes bis zum 31. Oktober 1923 der sozialdemokratische Antrag, das Gesetz nur bis zum 21. Juli zu verlängern, abgelehnt, und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung gegen die Stimmen der gesamten Linken angenommen.

Der Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds wird nach den Ausschussbeschlüssen, wonach die Leertungszulagen für Militärrentenempfänger auf 265 Milliarden erhöht werden, angenommen.

Es folgt dann der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages. Der Ausschuss hat u. a. die Leertungszulagen für Beamte usw. im Saargebiet usw. auf zwei Milliarden erhöht. Der Berichterstatter Abg. Dr. Reichert (Dnol.) bemerkt, daß Deutschland unter Hinzurechnung des Verlustes der Kolonien usw. 100 Milliarden Goldmark an Reparationen geleistet hat. — Der Haushalt wird bewilligt.

Dann folgt die dritte Lesung des von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Versammlungspreisungs-Paragraphe, der in zweiter Lesung folgende Fassung erhielt:

„Wer nichterbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder durchführt, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft.“

Kunmehr liegt ein Antrag der Demokraten und des Zentrums vor, der diesem Paragraphen folgenden Absatz 2 hinzuzufügen will:

„Wer in nichterbotenen Versammlungen oder bei nichterbotenen Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung, den Aufzug oder die Kundgebung zu sprengen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.“

Die Deutschnationalen wollen folgenden Absatz 2: „Der Versuch ist strafbar, wenn die Gewalttätigkeit begangen oder die Bedrohung mit einem Verbrechen erfolgt ist, und wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.“

Nach der Begründung dieses Antrages durch den Abg. War-muth (Dnol.) teilt Präsident Lobe mit, daß ein neuer Antrag der Deutschnationalen vorliegt, der dem oben erwähnten Beschluß zweiter Lesung hinzuzufügen will: „Der Versuch ist strafbar.“ Ueber diesen Antrag wird namensliche Abstimmung beantragt.

Abg. Brodauf (Dem.) bezeichnet das Gesetz als ein Mittel zur Bekämpfung des Terrors, das sich nicht einseitig gegen die Arbeiter, sondern gegen jeden wendet, der mit Terror gegen Andersgestimmte vorgeht.

Abg. Kemmele (Komm.): In diesem Hause ist noch nie so viel geredet worden wie bei dieser Gelegenheit. Der faschistische Terror soll von Bayern aus auf ganz Deutschland und zwar mit Hilfe dieses Gesetzes ausgedehnt werden.

Abg. Graefe (Dnol.) sagt, die Geschichte dieses Gesetzes zeige, daß der ganze Parlamentarismus eine lächerliche Komödie ist.

Abg. Dr. Bell (Z.) versichert nochmals, daß der Antrag des Zentrums und der Demokraten nur die Ordnung gegen jede Gewalttätigkeit, von welcher Seite sie auch komme, schützen will.

Abg. Dr. Levi (Soz.):

Wir werden das Gesetz in jeder Fassung ablehnen. Es soll lediglich den Staatsanwälten und Richtern der Sinn für angelegene Straftaten der Arbeiter geschärft werden. So lächerlich ist man allerdings nicht, direkt in das Gesetz hineinzuschreiben, daß es sich gegen die Arbeiter richtet. Eine Garantie für die unparteiische Durchführung des Gesetzes, namentlich in Bayern, können keine Wähler nicht übernehmen. Das Verhalten des Reichsjustizministers bedeutet eine

Beugung des Rechts zugunsten des Herrn v. Knilling

und seiner landesparlamentarischen Politik. Unsere Partei weiß die Versammlungsfreiheit besonders zu schätzen. Sie sollten uns nicht zutruhen, daß wir keinen Schutz der Versammlungsfreiheit wollen. Die Vorgänge im preussischen Landtag beweisen, daß ein Recht nicht ohne weiteres denen geläufig zu sein braucht, die es genießen. Ich hoffe aber, daß so jugendliche und lernbegierige Genossen, wie Schölem u. a., im Gebrauch dieses Rechtes weitere Fortschritte machen. Den Mißbrauch des Rechts soll man aber nicht mit Polizei oder neuen Gesetzen bekämpfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wird der Gesetzentwurf in der von dem Zentrum und den Demokraten beantragten Fassung angenommen.

Abg. Levi (Soz.) wird wegen seiner Bemerkung über den Reichsjustizminister nachträglich zur Ordnung gerufen.

Das Gesetz über die Verteilung des Gewinnes der Reichsbank für das Jahr 1922 wird in allen drei Lesungen angenommen. — Die Vorlage über die Beseitigung kleiner, im Reichsschuldbuch eingetragener Forderungen geht an den Rechtsausschuss.

Das Haus setzt dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums fort. Das Wort erhält

Abg. Henke (Soz.):

Neben dem Ringen Deutschlands mit den Mächten der Entente hat sich auch im Innern des Landes ein gewaltiges Ringen zwischen der Wirtschaft und dem Staat abgespielt. Erhaltung der Substanz der Wirtschaft wurde zum Leitmotiv unserer Finanz- und Steuer-gesetzgebung. In normalen Zeiten muß die Steuer-gesetzgebung diesem Ziele dienen. Die Nachkriegszeit aber gestaltet nicht, diesen Gesichtspunkt in vollem Umfange zu vertreten. Solange Deutschlands Einheit als Wirtschaftskörper erhalten bleibt, ist die Gesundung der deutschen Wirtschaft auch bei schweren Reparationslasten möglich. Denn in diesem Falle behält Deutschland die Quellen seiner großen Kraft, die stets wichtiger sind als die Reserven. Die kräftigsten Teile der deutschen Wirtschaft haben sich nur von ihren Privatinteressen lösen lassen. Die Geldentwertung, so groß auch der Nutzen für den einzelnen Privatwirtschaftler sein mag, bedeutet die Auszehrung der deutschen Wirtschaft. Es ist durchaus falsch, wenn Poincaré behauptet, Deutschland, der Schuldner Frankreichs, bereichere sich.

Das deutsche Volk ist wesentlich ärmer geworden.

Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse bedeutet bereits eine Gefahr für Arbeitsfähigkeit und Gesundheit. Der deutsche Arbeiter bezieht nur ein Drittel des Lohnes des französischen Arbeiters. Seine Steuerlasten sind ein Vielfaches derjenigen seiner Arbeitskräfte in allen übrigen Ländern. Der Mittelstand wurde von der Geldentwertung zermalmt. Frankreich muß auf die deutsche Arbeiterkraft Rücksicht nehmen, wenn es Deutschlands Soz. und Geldleistungen fordert. Die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen hängt nämlich in erster Linie ab von der Produktivität der Wirtschaft, die nicht nur ein Problem der Technik, sondern viel mehr ein Problem der Erhaltung der Arbeitskraft ist.

Die deutsche Regierung hat den Widerstand an der Ruhr nicht organisiert. Das taten die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen, die ihre Lebensinteressen weder durch den deutschen noch durch den französischen Kapitalismus verkümmern lassen wollen. Der Widerstand der deutschen Arbeiterklasse muß durch positive innerpolitische Maßnahmen ermöglicht und gestärkt werden.

Die neue Marktskulptur und die gewaltige Preissteigerung sind die schlimmsten Gefahren für den passiven Widerstand.

Darum ist die Stützungsaktion eine dringende Notwendigkeit. Das Ergebnis der Dollgranikale ist ungeheuer lässlich. Die De-

visenbesitzer haben von ihrem Devisenbesitz, der auf drei Milliarden Goldmark geschätzt worden ist, nur den zwanzigen Teil von 50 Millionen zur Verfügung gestellt. Drei Wochen sind seit der Einführung der drakonischen Maßnahmen der Regierung gegen die Spekulation vergangen, und nichts ist geschehen, weil sie den Widerstand der Banken und der Wirtschaftskreise gefunden haben. Der Zusammenbruch der Stützungsaktion am 18. April und der neue Zusammenbruch am 3. Mai sind auf unerschöpfte Devisen-täufse zurückzuführen. Das Verlangen der Wirtschaft hat auch außerhalb der Sozialdemokratie schärfste Anklagen hervorgerufen. Das Gold der Reichsbank ist jetzt eingesetzt, und da handelt es sich darum, seine Verschleuderung an die Spekulation zu verhindern. Es ist daher höchste Notwendigkeit und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erforderlich. Wir wollen schnell und gründlich die Maßnahmen prüfen, die ein weiteres Unheil auf dem Geldmarkt verhindern können. Die Hauptursachen des Zusammenbruchs der Stützungsaktion sind unsere trostlosen Finanzverhältnisse. Die sich Anfang April zeigende kleine Besserung ist längst durch Anzeichen einer weiteren Verschlechterung überschattet worden. In der dritten Aprildekade betragen die Ausgaben des Reiches 675,8 Milliarden, denen Einnahmen von 178,03 Milliarden gegenüberstanden.

Die schwebende Schuld ist gestiegen auf 10,1 Billionen.

Der Banknotenumlauß wuchs um 449,9 Milliarden Mark auf 6346 Milliarden. Ebenso trübselig sind die Steuerverhältnisse. Von der Einkommensteuer des Jahres 1922/23 wurden 90 Prozent, nämlich 440 Milliarden von 533 Milliarden durch Lohnabzug aufgebracht. Dieser Zustand hat selbst in bürgerlichen Kreisen zu einer steigenden Erregung geführt. In England liegen die Dinge direkt umgekehrt. Einkommen unter 4500 Goldmark bei Verheirateten und 2700 Goldmark bei Ledigen sind steuerfrei. Daher ist der Ertrag der englischen Einkommensteuer mit rund 600 Millionen Pfund Sterling von nur 2 Millionen Steuerzahlern aufgebracht worden, während 38 Millionen steuerfrei sind. Der jetzige Steuerzustand ist durch das Geldentwertungs-gesetz leider nicht gebessert worden.

Die Anzulänglichkeiten der Erfassung des Besitzes

zeigt vor allem ein Blick auf die Körperschaftssteuer. 1921 betrug der Anteil dieser Steuer am Gesamtsteuereinkommen noch 1,8 Proz., 1922 nur noch 0,4 Proz., obwohl die Einkommensteuer infolge der starken Steigerung des Lohnabzuges ihren Anteil von 32 auf 35 Proz. erhöhte. Noch deutlicher tritt das völlige Versagen der Besteuerung der leistungsfähigen Sachwertbesitzer in Deutschland aus folgenden Zahlen hervor: 1921/22 erbrachte die Einkommensteuer das 18fache der Körperschaftssteuer, nämlich 28,1 Milliarden gegen 1,5 Milliarden. 1922/23 brachte die Einkommensteuer bereits das 88fache, nämlich 533,3 Milliarden gegen 6,2 Milliarden Körperschaftssteuer. Diese ständig zurückgehenden Erträge aus der Körperschaftssteuer werden mit den stark zurückgehenden Dividenden begründet. Zu diesem Ergebnis kann man nur mit Taschenspielerkunststücken gelangen. Die Dividenden sind doch nur ein Teil des Gewinnes, den die Aktiengesellschaften ausschütten. Wenn die Lage der deutschen Aktiengesellschaften wirklich so schlecht ist, dann kann den Aktionären gar nichts Besseres begegnen, als daß ihnen der Staat die Aktien abkauft. Wir sind gern bereit, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, wonach dem Staate ein Vorkaufsrecht bei dem Kauf der Aktien eingeräumt wird, allerdings nicht nur der gewöhnlichen Aktien, sondern auch der Vorkaufsaktien. Selbstverständlich muß alles getan werden, um die Fortsetzung des passiven Widerstandes an der Ruhr zu ermöglichen, wenn es jetzt nicht gelingen sollte, zu Verhandlungen mit der Entente über die Reparationsfrage zu kommen. Wir haben deshalb die Entschließung eingebracht, die Kosten der Ruhrbesetzung durch eine Belastung der hohen Einkommen und Vermögen aufzubringen. Einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, ist bis zum 5. Juni möglich. Es muß schnell gehandelt werden, sonst gibt es keine Rettung mehr aus dem Finanzchaos. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr (Weiterberatung). — Schluß 167 Uhr.

Ruhe im Landtag.

Fortsetzung der Beratung über den Bildungsetat.

Nachdem in der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages die Kommunisten ihre schamlosen Störungsvorwürfe fortgesetzt hatten, wurden zunächst, wie wir bereits im Abendblatt mitgeteilt haben, die Kommunisten Eberlein, König, Weiskens und Dahlem von der Sitzung ausgeschlossen. Der Präsident ordnete zugleich die Räumung der Tribünen, auch der Pressetribüne, für die Zeit der Unterbrechung der Sitzung an.

Auf den Tribünenplätzen, die für Reichstagsabgeordnete reserviert sind, hatten mehrere kommunistische Reichstagsabgeordnete Platz genommen. Ein Postkommando in Zivil betritt nun den Saal, um die Ausgewiesenen zum Verlassen des Sitzungssaales aufzufordern. Der Abgang der Kommunisten vollzieht sich ohne Widerstreben von seiten der kommunistischen Abgeordneten. Sie rufen nur beim Verlassen des Saales ihre bekannten Drohungen und Schimpfwörter über Weltrevolution und dergleichen in den Saal, aber nicht, ohne daß dabei, wie das auch schon am Montag zu beobachten war, ein Lächeln über das Gesicht der Kommunisten geht.

Präsident Leinert erklärte im Anschluß an die letzte Anweisung: Diese betrübenden und bedauerlichen Vorgänge sind keine Gegenstände der Sensation. Mir wurde gesagt, daß auf einer Tribüne angeblich Reichstagsabgeordnete sich bewegt haben, meiner Aufforderung zu folgen, da sie hier als Gäste bei uns anzusehen sind. Außerdem muß ich meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben, daß die Presse es nicht für nötig erachtet hat, meiner Aufforderung zu folgen. Es sind keine Sensationen. Nur mit tiefstem Abscheu kann man diese Dinge betrachten. Deshalb bedaure ich es sehr, daß man diese Vorfälle zum Gegenstand der Sensation machen will. Ich kann nur sagen, daß es der Niedergang des Parlamentarismus wäre, wenn solche Dinge sich weiter ereignen sollten.

Als der Präsident dann dem Abg. Hoff (Dem.) zur Fortsetzung seiner Rede das Wort gibt, rufen die als letzte Vertreter der kommunistischen Fraktion im Saale gebliebenen Abgeordneten Schönbed und Frau Gessle dauernd: Hier wird nicht gesprochen, so lange die Polizei im Hause ist. Die Polizei muß hinaus! Als wiederholte Mahnungen des Präsidenten erfolglos bleiben, verflucht der Präsident auch den Ausschluß der Abgg. Gessle und Schönbed. Die Sitzung ist unterbrochen. Der Präsident läßt die Tribünen räumen.

In der Zwischenpause bis zur neuen Sitzung finden sich die kommunistischen Reichstagsabgeordneten wieder auf der Zuschauertribüne ein. Die ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten werden namentlich von Kriminalbeamten zum Verlassen des Saales aufgefordert. Sie leisten der Aufforderung Folge und verlassen den Saal unter dem Ruf: Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

Eine halbe Stunde später beginnt die Sitzung wieder und das Haus führt nun die Aussprache über den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung fort. Nach dem Demokraten Hoff, der besonders für die Reform der Lehrerbildung spricht, entwickelt

Minister Boeth

sein Programm: Die Frage der Einigung des Etats durch die finanzielle Not unserer Lage beschäftigt uns auf das heftigste und das Wort von der Sparpolitik hat einen großen Teil der Verhandlungen im Ausschuss und hier begleitet. Ruff oft am Notwendigsten gepart werden,

donn kann sich auch das Kultusministerium dem nicht entziehen, so schwerhaft das auch ist. Notwendigste Einschränkungen müssen vorgenommen werden. Mit den Städten müssen wir ein Kompromiß schließen. Dankbar wird anerkannt, daß sie im Schulwesen früher unter weitgehender Leitung geleistet haben, und vollstes Verständnis müssen wir darum Ihren jetzigen Rollen entgegenbringen. Das Ministerium wird die sorgfältigste Prüfung aller Vorschläge der Städte, wie ihnen etwa durch staatliche Unterhaltungszuschüsse geholfen werden kann, eintreten lassen. Das Ministerium hat der Erhöhung der Schulgelder von 400 auf 2000 Mk. zugestimmt, es wird sich auch bei weiterer Geldentwertung einer weiteren Erhöhung kaum widersetzen können. Dem Sparmaßnahme sind aber schließlich dadurch Grenzen gezogen, daß die geistige Substanz unseres Volkes nicht angegriffen werden darf, daß die im Volke schummernden Keimkräfte sich frei entfalten können und daß die körperliche Ernährung unserer Jugend unter keinen Umständen unterbunden werden darf.

Gerade heute müssen alle latenten Kräfte in allen Volksschichten entwickelt werden; das ist der tiefste Gedanke der Einheits-schule: Aufstieg jedes Menschen zu der ihm erreichbaren höchsten Bildung. In diesem Sinne sind die Reformen zu verstehen, die das Ministerium durchgeführt hat. Es ist mir völlig unerfindlich, wie hier behauptet werden konnte, daß auch die kleinste Reform un-abgerungen werden müsse. Der Minister entwickelt den Aufbau der Einheitschule in keinen einzelnen Teilen und legt die in jeder Zeit hier erfolgten Reformen dar. Der Gedanke, daß die Einheitschule die religiösen und konfessionellen Gegensätze überbrücken würde, ist gesehert. Der Minister bedauert, daß noch immer kein Reichs-Gesetz besteht und verlangt auch hier wieder ein Gesetz, welches die weltlichen Schulen auf eine verfassungsgemäße Grundlage stellen soll. Einzig durch die Reichs-gesetzgebung können hier klare Verhältnisse geschaffen werden. Die Frage der Lehrerbildung steht augenblicklich als die wichtigste im Vordergrund. Die Jugend ist durch die Nachwirkungen des Krieges in ihrer körperlichen, seelischen und geistigen Gesundheit bedroht, das Elternhaus ist vielfach gar nicht mehr das alte; früher gefordert erscheinende Ideale sind zusammengebrochen. Verwirrung zeigt sich leider vielfach auf dem Gebiet von mein und dein, selbst bei noch nicht der Schule entwachsenen Knaben hört man von Schieber-geschäften und Wucherpekulation. Die Schule soll auch Erziehungsschule sein, aber als solche hat sie unter diesen besagten Umständen eine sehr schwere Aufgabe. — Die Hochschule muß sich als Glied in dem System der Einheitschule fühlen, nicht bloß organisatorisch, sondern auch im Hinblick auf das Bildungsziel. Das Ziel aller Erziehungsarbeit muß es sein, den einzelnen Menschen zu einem tüchtigen brauchbaren Menschen, zu einer in sich geschlossenen Persönlichkeit zu erziehen, die gleichzeitig in die Gemeinschaft des Volkes und des Staates einzuordnen ist. Das ist die neue Bildung einer neuen Zeit, die wir mit aller Kraft zu erreichen uns bemühen. Der Redner der Sozialdemokraten hat bemängelt, daß die Durchführung der Reformgedanken durch die Bureaucratie gehemmt wird. Diese Behauptung ist unbegründet. Zur Durchführung des Reformwerks brauchen wir absolutes Vertrauen zu der Beamenschaft und wir haben es in vollstem Maße. Mit besonderem Danke gedanke ich der vorbildlichen Haltung unserer Beamenschaft und Lehrerschaft am Rhein und an der Ruhr, sie ist über jedes Lob erhaben und verdient unsere Bewunderung.

Nach dem Minister spricht zunächst der Pole Bessjowski, der auf die Haltung der polnischen Organisationen im Ruhrgebiet hinweist und im Anschluß daran stärkere Respektierung der Rechte der polnischen Minoritäten in der Schulsache fordert.

Nach dem Deutschhannoverschen Presse mündet sich

Abg. König-Swinemünde (Soz.)

scharf gegen die Personalpolitik des Ministers Boeth: Der Minister hat als das Ziel seiner Reformpläne die Erziehung zur Volksgemeinschaft bezeichnet. In der Personalpolitik des Herrn Ministers merken wir aber wenig von einem derartigen Streben nach der Volksgemeinschaft. Seine Personalpolitik läuft darauf hinaus, daß Sozialisten nur wenig im Bereich der Schule und Erziehung zu sagen haben. So im allgemeinen erklärt man zwar, daß man selbstverständlich gegen die Sozialisten nichts habe, aber in der Praxis wird durch die Gestaltung der verschiedenen Schul-reformen die Absperrung der Sozialisten von der Erziehung der Jugend herbeigeführt. Auch die Konfessionsalisierung der Schule läuft auf gar nichts anderes hinaus. Man hält uns entgegen, daß sozialistische Wähler nicht viel für die weltliche Schule übrig hätten. Der Minister soll einmal an diese Wähler die Frage richten, ob sie die Beteiligung sozialistischer Lehrer in all den Formen und Arbeiten der Schule entsprechend der Größe und Bedeutung der sozialistischen Bewegung wünschen. Er wird darauf eine sehr klare Antwort bekommen. Wir verlangen, daß nicht nur im Bereich des Innenministeriums und all der übrigen Ministerien, sondern ebenso im Bereich der Schule das

alle Unter der Vorkriegszeit

gegenüber der sozialistischen Bewegung wieder gutgemacht wird. Und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir sind sogar der Meinung, daß in gemischten Gegenden zum Beispiel die sozialistische Lehrkraft in der Schule viel weniger Konfliktstoff schafft als die orthodox eingestellten Lehrkräfte. Der Minister hätte die Aufgabe — wenn er sein Wort von der Notwendigkeit der Volksgemeinschaft ernst meint —, gerade die sozialistischen Kreise in der Erziehungsfrage stärker heranzuziehen; denn sie sind ja vor allem heute die staatszerstörenden Elemente. Gegen die bisherige Personalpolitik des Ministers müssen wir den schärfsten Einspruch erheben. Wenn der Minister zum Beispiel dem Staat von heute, dem Staat, so wie er vor uns steht, einen Dienst erweisen wollte, dann braucht er nur dafür zu sorgen, daß die Jugend über die Vorgänge im Jahre 1806 und 1807 richtig aufgeklärt wird. Damals versuchte der Freiher v. Stein, als Napoleon eine drückende Kriegsschuldigung von Preußen forderte, die Kosten zu mildern. Und im Jahre 1807 sollte der Bruder des Königs nach Paris gehen und Napoleon ein ennes Bündnis anbieten. Ferner sollte er anbieten ein Truppenkontingent von 30 000 bis 40 000 Mann und deren Verwendung auf dem Kontinent freistellen. Schließlich war der König sogar bereit, dem Rheinbund beizutreten. So laßen die Dinge damals in Wirklichkeit. Davon sprechen aber die heutigen Verführer der Jugend, die gegen die Erziehungspolitik heßen, mit keinem Erbenaemörchen. Der Minister aber, der doch den heutigen Staat festigen will, der die Jugend zur Staatsgewinnung erzieht, will, der für die Volksgemeinschaft eintritt, hätte hier eine wunderbare Gelegenheit zu segensvoller Arbeit. Zwei Dinge muß er vor allem beobachten dabei: Auffklärung der Jugend, wie ich sie schon geschildert habe, und Heranziehung der bisher ausgeschlossenen sozialistischen Lehrkräfte (Beifall bei den Soz.)

Das Haus bricht nun seine Beratungen ab. Die Genossen Schölich und Frau Leg erklären, die Behauptungen von kommunistischer Seite, sie hätten Pressevertreter besäupft, seien ein glatte Erfindung.

Präsident Leinert äußert sich alsdann zu seinen Ausführungen, die er gelegentlich der Räumung der Pressetribüne gemacht hatte und die von verschiedenen Journalisten mißverstanden worden waren. Seine Worte — betonte der Präsident — sind von der Presse so gedeutet worden, als ob ich ihr insgesamt den Vorwurf hätte machen wollen, daß sie nach Sensationen trachteten. Ich habe das natürlich nicht gemeint. Wenn es so aufzufaßt wurde, muß ich das bedauern. Meine Worte sollten lediglich meine Maßnahmen über die Räumung des gesamten Landtages begründen, damit der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt werden kann, wie Abgeordnete sich hier im Landtag betragen haben. Das war der Grund meiner Ausführungen. Sie waren also nicht eine Kritik an der Presse selbst.

Das Haus verläßt sich hierauf auf Mittwoch, 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß nach 5 Uhr.

Weiter bis Donnerstag mittag. Ruff und grüßte aufstehend, jedoch überwindend demüht und kühnweise leichter Gewitterregen bei meist schwachen bewölkten Winden.

Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Oberon
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Faust
Theater L. d.
Königsplatz
Kreisers
Eckfenster
Komödienhaus
7.30: Madame
Pompadour
Nur noch 8 Vorstellungen
Berliner Th.
7.30 Uhr:
Mädi
Trianon - Th.
8 Uhr:
Professor Bernhardi
8 Uhr Kleines Theater
Das stärkere Band
Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr:
Eine tolle Sache
Casino-Theater
8 1/2 Uhr: Die Schöne-Parade & d.
Heiraten und die
Theater am
Kottbus.
Tor
11 Uhr:
Elite-
Sänger
U. a.
Unser Rhein!
Reichshallen-Th.
11 Uhr:
Sensations-
Stettin-
Sänger
Blühend-
Straß 1
Auf. 17-18

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Verschwendung
Lessing - Th.
Heute u. Donn. 7 1/2:
Wie es euch gefällt
Freitag 7 U.: Faust
Deut. Künstler-Th.
Abendlich 7 1/2 U.
Der Fürst von
Pappenheim
Urania
Unt. Wilden u.
wilden Tieren
WINDGARTEN
Varieté-Spielplan!
Rauchen gestattet!
8 U. Residenz-Theater
Sommerplatz
Die Entlassung
Central-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Potlatch u. Perlmutter
Walhalla-Th.
7.45 Uhr: Die Liebe
geht um
Per. Lieber, Jantke
**Böttchers
Rechnerschule**
336 S. Preis 5000 M.
Ausführt. leicht
verständlich, enthält
alle bürgerlichen
Rechnungsarten.
Leichtes Lernen!
Allgemein. Urteil:
„Selbst ein Kind
mag diese Erklärung
verstehen.“
Ernst Böttcher,
Königsberg (Preußen),
Inn. Friedrichstr. 18.
Einfache Befreit
von
Bandwurm
durch Reichels
Bandwurmmittel, 30 Jahre
Erfolge, 30. 2000.-,
für Kinder 2000.-
(n. Alter). In Drog.
und Apoth. führt bei
Otto Haidel, Berlin 43,
Eisenbahnstr. 4.

Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Bohème
Friedrich-Wilh. Th.
Tägl. 8 Uhr:
Die blonde Katze
Große Volksoper
im Theat. d. Westens
8: Die Zarenbraut
König v. Pers. (Prin. 7 1/2)
Der Herr Senator
Infimes Theater
3: Diplom. I. Dienst
Blaue Pyjama etc.
Lustspielhaus
4 U.: Bobby, sag
die Wahrheit
Metropol-Theater
7 1/2: Die Schöne
der Pruen
Vorstellung von
Nenes Theat. am Zoo
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Lebkuchler
4: Pridericus Rex
Neues Volkstheater
7 1/2 U.: Die Fahrt
nach Orplid
Renaissance-Theat.
7 1/2 Uhr: Esther Gohseck
Schiller-Th. Charl.
9 U.: Die Journalisten
Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die rot. Katze
Th. u. Nollendorfp.
7 1/2 Uhr:
Die schön. Rivalin
7 1/2, Wallner-Th. 7 1/2,
Der sensationelle
Opernenerfolg!
Des Königs Kochbarin
von Leon Jessel
**Große Posten
Kernriegel**
bügeln abgeben
Büttner
Gr. Franzl. Str. 130.
Einfache Befreit
von
Bandwurm
durch Reichels
Bandwurmmittel, 30 Jahre
Erfolge, 30. 2000.-,
für Kinder 2000.-
(n. Alter). In Drog.
und Apoth. führt bei
Otto Haidel, Berlin 43,
Eisenbahnstr. 4.

Admirals-Varieté
das feabelhafte
8⁰⁰ Mai-Programm
Bekanntmachung
Auf Grund der von der Stadt-
verordnetenversammlung am 3. Mai 1923
beschlossenen Resolutionen haben wir den
Gesetz für das Verleihungsgebiet
für die Berliner Gemeindegewerke mit
Befugnis von der Stadtverwaltung am 3. Mai
1923 ab mit im April einseitig auf
650 Mark
für das Rubrikmeter festgelegt.
Berlin, den 7. Mai 1923.
Direktion der Königl. Gewerke.

Union-Klub, Berlin.
Annahme für Vorwetten
in der Zentrale, Schadowstr. 8
und in sämtlichen Filialen. Tele-
graphische und briefliche Aufträge
sowie Anträge auf Einrichtung von
Konten werden nur in der Zentrale
Schadowstr. 8 angenommen.
Wettbedingungen sind in
den Wettanmeldestellen erhältlich.

Garderobe
auf sehr bequeme Teilzahlung
bei geringer Anzahlung
Herrn-Damen-
Anzüge
Schlupfer
Ulster
Hosen
Mäntel
Kostüme
Sommerkleider
Röcke
in reicher Auswahl
Gebr. Kaßner
Bülowstr. 6
am Nollendorfp.
Graue Haare
erhalten ursprüngl. Farbe u.
natürl. Jugendglanz durch uns.
Haarfarbwiederhersteller
„Youpla“
Nur eine Flüssigkeit
Man sieht nicht, daß das
Haar gefärbt ist. Frei von all-
schäd. einwirk. Bestandteil.
Kopp & Joseph, Parfümeriefabr.,
Berlin W. 50

Schriften zur Ruhrbesetzung
EDO FIMMEN
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sitz Amsterdam
**Die Weillage und die
Aufgaben des Internationalen Proletariats**
mit einer Einleitung und einem Nachwort von Z. Leder
**Der internationale Kampf des Proletariats gegen
Kriegsgefahr und Faschismus**
Protokoll der Frankfurter Konferenz vom 17. bis 21. März 1923
mit einer Einleitung und einem Nachwort
EUGEN PAWLOWSKI:
Deutschland — eine Kolonie?
**Der Kampf
der Bergarbeiter um ihre Organisation**
CLARA ZETKIN:
Gegen Poincaré und Cuno
Dr. med. L. KLAUBER:
Klassenkampf gegen den Hungertod
Am Sterbelager eines werktätigen Volkes
Mit Illustrationen
FRIEDRICH-LEONID:
Warum Ruhrkrieg / 10 % oder die Nation
Mit graphischen Darstellungen
Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten G. m. b. H.
Berlin SW 61 **Planer 17**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß
unser Kolleg, der
Thomas Antkowiak
am 8. Mai gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Mitt-
woch, den 9. Mai, nach 4 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Bismarck-Hofes
in Reinickendorf, Humboldtstr., aus statt.
Unser Kolle, der
Johann Zydorowicz
ist am 8. Mai gestorben.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 11. Mai, nach 4 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Bismarck-Hofes
in Reinickendorf, Humboldtstr., aus statt.
Unser Kolle, die Arbeiterin
Emma Schubert
ist am 5. Mai gestorben.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 12. Mai, nach 12 1/2 Uhr,
im Krematorium Baumgartenweg,
Reinickendorf, statt.
Esse ihrem Andenken!
Ruhe Bestattung erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Luisenstraße 83/85.
Geschäftszeit vom 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Nordhen 833 bis 838
und 6392 bis 6395.
Sens. Mittwoch, den 9. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, im Lokal der Straße 5,
Sophienstraße 5:
Konferenz
aller Vertrauensleute und
Betriebsräte, die in der
Chirurgiemechanik beschäft. sind.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Sens. Mittwoch, den 9. Mai, abends
6 Uhr, im Lokal Gargarder Straße 5:
Branchenversammlung
der Heilenarbeiter.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Schiedspruch, 2. Diskussion und
Beschlüsse.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Freitag, den 11. Mai, nachm. 5 Uhr,
in der Aula, Weinstraße 10-17:
Verammlung
aller Kolleginnen und Kollegen
aus der Knopfindustrie.
Tagesordnung: 1. Bericht über das
Berichtungsresultat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe I, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe II, Untergruppen 2 u. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe III, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe IV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe V, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe VI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe VII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe VIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe IX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe X, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XVIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XIX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXVIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXIX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXVIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XXXIX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XL, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLVIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe XLIX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe L, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LVIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LVIX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXVIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXIX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXVIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXIX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXX, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXXI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXXII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXXIII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXXIV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXXV, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXXVI, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-
gruppe LXXXVII, Untergruppen 1 u. 2.
Tagesordnung: 1. Bericht über
den Betriebsrat, 2. Beschlüsse
angebracht.
Freitag, den 11. Mai, abends 6 Uhr,
in der Verbandskassa (Reinickendorf),
Eisenstraße 83/85:
Verammlung
der Betriebsräte der Haupt-